

0,75 qm
Stallfläche

ist für ein 110 kg
schweres Mastschwein
vorgesehen.

27,1
Millionen

Schweine werden
in Deutschland
gehalten.

77 %
der Schweine in
Niedersachsen
bekommen
Antibiotika

1.198
Liter Wasser

werden für die Produktion
von einem Schnitzel
gebraucht.

130 g
Soja

und andere Futtermittel
werden für
200 g Schnitzel
verfüttert.

200 g
Schweineschnitzel

1,- €



tierrechte

Die unbezahlte Rechnung:

Die wahren Kosten des Fleischkonsums

Interview: „Wahre Preise sind der entscheidende Hebel!“

Wie kann der notwendige Wandel gelingen?

Tierversuche: Ungewöhnliche Koalition für den Ausstieg

Die unbezahlte Rechnung: Die wahren Kosten des Fleischkonsums	4-7
Was müssten Fleisch und tierische Produkte kosten, wenn man die versteckten Kosten und Folgeschäden einrechnet? Alle Studien kommen zu dem Ergebnis: Die versteckten Kosten und Folgeschäden sind immens. Getragen werden sie nicht von den Verursachern, sondern von der Gesellschaft. Das muss sich ändern.	
Interview: „Wahre Preise sind der entscheidende Hebel!“	8-9
Der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Tobias Gaugler forscht an der Technischen Hochschule Nürnberg zum True Cost Accounting von Lebensmitteln, einer neuen Methode zur Ermittlung der tatsächlichen Kosten. Im Interview berichtet er, warum konventionell hergestellte tierische Nahrungsmittel zu den höchsten externen Folgekosten führen, dass Verbote der falsche Ansatz sind und welche Maßnahmen nötig wären.	
Wie kann der notwendige Wandel gelingen?	10-11
Hochwasser, Dürren, Artensterben und Fluchtbewegungen – was wir erleben, ist nicht der Anfang, wir sind bereits in der Klimakrise. Dies hat maßgeblich damit zu tun, dass wir noch immer Tiere konsumieren. Um diese multiplen Krisen zu bewältigen, brauchen wir zukunftsweisende Konzepte. Wir stellen die Lösungsansätze von drei prominenten Autor:innen vor.	
Tierversuche: Ungewöhnliche Koalition für den Ausstieg	15-16
Die Mehrheit der EU-Bürger:innen wünscht sich eine Zukunft ohne Tierversuche. Auch die Pharmakonzerne haben großes Interesse an tierversuchsfreien Verfahren. Dies erhöht den Druck auf Politik und Regulierungsbehörden.	
Wirtschaft schlägt Tierschutz	12
Tierschutzrecht: „Wo ein Kläger, da ein Richter“	14
Vielversprechende Ansätze für tierversuchsfreie Chemikalienbewertung	17
Stadttauben: Berlin startet durch – Hamburg enttäuscht	18
Kommentar: Wolf-Bashing als Ablenkmanöver	19
Tierschutzorganisationen fordern effektive EU-Tierschutzgesetze	20
Ukraine: Dambruch fordert tausende Tierleben	20
Kampagne: Schützen statt Schießen!	20
Hoffnung: Island setzt Walfang aus	20
Buch-Tipp: „Vom fordernden und beglückenden Leben mit Tieren“	21
Erfolg: 1,5 Millionen für ein pelzfreies Europa	21
Erfolg für den Meeresschutz: Uno verabschiedet Abkommen	21
Hundefleisch: Südkorea bringt Verbot auf den Weg	21

Rubriken

Impressum	2
Editorial	3
Shop	22
Helfen	23
Kontakt	24



Titel-Composing: Alexa Binnewies
Foto Ferkel: Pixabay/ Wolfgang Ehrecke
Foto Schnitzel: Adobe Stock/ Rhönbergfoto

Impressum

ISSN 1434-220
tierrechte wird herausgegeben von
*Menschen für Tierrechte – Bundesverband
der Tierversuchsgegner e. V.* und erscheint
drei- bis viermal jährlich. Der Verkaufspreis
ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber/Verlag
*Menschen für Tierrechte – Bundesverband
der Tierversuchsgegner e. V.*
Severinusstr. 52 | 53909 Zülpich
Tel. 02252 - 830 12 10 | Fax 02252 - 830 12 11
info@tierrechte.de | www.tierrechte.de

Redaktion
Christina Ledermann, V.i.S.d.P.
Christiane Hohensee
Claudia Gerlach
Stefanie Schindler
Carolin Spicher
Steffanie Richter

Gestaltung
Das Atelier | Alexa Binnewies
www.dasatelier.de

Druck
Bartels Druck GmbH, 21337 Lüneburg
www.bartelsdruckt.de

Papier
tierrechte wird auf 100% Recyclingpapier
– ausgezeichnet mit dem Umweltengel –
gedruckt

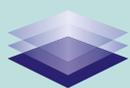
Vorstand

- Christina Ledermann, M.A.
Vorsitzende und Pressereferentin
Tel. 05840 – 29 00 025
ledermann@tierrechte.de
- RA Judith Reinartz
Stellvertretende Vorsitzende
Tel. 02252 – 83 01 210
reinartz@tierrechte.de
- Susanne Pfeuffer
Stellvertretende Vorsitzende
Tel. 0171– 88 80 597
pfeuffer@tierrechte.de
- Dr. Ute Teichgräber
teichgraeber@tierrechte.de
- Carolin Spicher, M.Sc. (Biologie)
spicher@tierrechte.de

Ehrenmitglied:
▪ Dr. jur. Eisenhart von Loeper

Mitglied bei

- ▶ Deutscher Naturschutzring
- ▶ Eurogroup for Animals
- ▶ Europäische Koalition zur Beendigung von Tierversuchen (ECEAE)
- ▶ InterNICHE
- ▶ Bündnis für Tierschutzpolitik
- ▶ Klima Allianz
- ▶ Förderkreis Biozyklisch-Veganer Anbau e. V.
- ▶ Aktionsbündnis Fuchs
- ▶ Plant Europe
- ▶ Plant Based Treaty



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

Menschen für Tierrechte beteiligt sich an der Initiative Transparente Zivilgesellschaft.

Spenden-/Beitragskonto

Bundesverband der
Tierversuchsgegner e. V.
Sparkasse Aachen
IBAN: DE02 3905 0000 0016 007973
BIC: AACSD33

Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V. ist als gemeinnützig und besonders förderungswürdig anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar. Erbschaften und Vermächtnisse sind von der Erbschaftssteuer befreit.

Foto Christina Ledermann:
Instagram / nicole.kth



Liebe Leserinnen
und Leser,

wir alle kennen die Weckrufe: Mitte Juni warnte die Weltwetterorganisation, dass sich Europa doppelt so schnell aufheize wie der Rest der Welt. Das Jahr 2022 war in vielen Ländern Europas das wärmste je gemessene. Wegen der Megadürre in Spanien können viele Bauern kein Getreide mehr anbauen. Das lässt die ohnehin hohen Lebensmittelpreise weiter ansteigen.

Doch obwohl völlig klar ist, dass wir unseren Lebensstil grundlegend verändern müssen, klammern sich viele an den Status Quo: an Auto fahren, fliegen und an die Devise „Ernährung ist Privatsache“. Dass sie das nicht ist, zeigt der Schwerpunkt dieser Ausgabe, der sich mit den versteckten Kosten der Produktion tierischer (und anderer) Produkte beschäftigt. Dabei kommen alle Studien zu dem gleichen Ergebnis: Die Folgekosten der Produktion tierischer Produkte sind ruinös. Da sie nicht eingepreist werden, zahlt die Gesellschaft die wahren Kosten.

Während die Wissenschaft sich bei der Berechnung der wahren Kosten an die Fakten hält, tobt derzeit ein Kulturkampf um die Ernährungsfrage. Dies bekam kürzlich auch Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) zu spüren. Nachdem er angewiesen hatte, dass das Catering bei Veranstaltungen in seinem Ministerium zukünftig bio und vegetarisch sein soll, brach bei CDU/CSU ein Sturm der Entrüstung los. Dieser gipfelte in einem CSU-Instagram-Post mit dem Titel: „Fleischverbot: Schlag ins Gesicht für unsere Landwirte“.

Die Auseinandersetzung um Ernährung und Landwirtschaft tobt auch im Vorfeld der EU-Wahlen im nächsten Jahr. Dort geht es aktuell um die Kernelemente des EU-Green-Deals, der Europa bis 2050 klimaneutral machen soll. Doch dieses große europäische Reformprojekt, das die grüne Wende in der Landwirtschaft einleiten soll, steht derzeit auf der Kippe. Um diese wichtige Transformation zu verhindern, scheut die Agrarlobby auch vor Fake News nicht zurück, etwa, dass weniger Pflanzenschutzmittel die Ernährungssicherheit gefährden. Dabei liegt die Gefahr doch genau darin, am Status Quo festzuhalten.

Auf der anderen Seite gibt es gute Lösungsansätze, wie der notwendige Wandel gelingen kann. Im Interview schlägt der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Tobias Gaugler beispielsweise eine Klimadividende vor, ein effizientes Umverteilungstool, das die belohnt, die unterdurchschnittlich viel CO₂ verbrauchen. Wir stellen auch den Ansatz der Bestseller-Autorin Ulrike Herrmann vor. Um eine ökologische Kreislaufwirtschaft zu erreichen, plädiert sie für ein politisch orchestriertes grünes Schrumpfen. Der Sozialpsychologe Harald Welzer sagt, wir brauchen Umerzählungen, um positiv zu handeln.

Und die Politik? Sie muss ehrlich sein und sich trauen, die kommenden Zumutungen klar zu benennen. Denn wir müssen uns verändern. Nicht nur, weil die skrupellose Ausbeutung der Tiere zutiefst unethisch ist, sondern auch, weil unser Konsumverhalten die planetaren Grenzen sprengt.

Ich wünsche uns allen, dass uns diese Transformation gelingt. Das Gute ist, wir können bei uns selbst beginnen. Zur Not jeden Tag aufs Neue.

Herzliche Grüße
Christina Ledermann

Die unbezahlte Rechnung:

Die wahren Kosten des Fleischkonsums

Im April dieses Jahres erschien im Auftrag der Eurogroup for Animals ein Bericht, der sich mit den wahren Kosten von Fleischprodukten in der EU beschäftigt. Das Ergebnis: Die versteckten Kosten und Folgeschäden sind immens und werden nicht von den Verursachern getragen. Doch was müssen Fleisch und andere tierische Produkte kosten, wenn man das Verursacherprinzip konsequent anwendet? Alle Studien, die sich mit dem „echten Preis“ befassen, kommen zu dem gleichen Ergebnis: Die Gesellschaft zahlt die wahren Kosten. Das muss sich ändern.

Was haben Klimakrise, Artensterben, Antibiotika-Resistenzen, Herz-Kreislaufkrankungen, verschmutztes Grundwasser, Zoonosen und die Abholzung des Regenwaldes gemeinsam? Sie gehören zu den sozialen, ethischen und ökologischen Folgekosten unseres Lebensmodells. Maßgeblich verursacht werden sie durch Landwirtschaft, Industrie, Handel – und Konsument:innen. Doch diese teils gar nicht mehr bezifferbaren Schäden tragen nicht die Verursacher, sondern die ganze Gesellschaft nach dem Motto: „Gewinne werden privatisiert, Kosten sozialisiert und die Risiken auf die Gemeinschaft abgewälzt.“

Gesundheitsgefahr Massentierhaltung

Ein Beispiel sind die Auswirkungen der industriellen Tierhaltung auf die menschliche Gesundheit: Eine Studie des Mainzer Max-Planck-Instituts für Chemie kam 2019 zu dem Ergebnis, dass in Deutschland pro Jahr rund 120.000 Menschen vorzeitig durch Feinstaub sterben. Hauptverursacher ist mit etwa 45 Prozent vor allem die Massentierhaltung. Ammoniak-Ausgasungen aus der Gülle verbinden sich mit anderen Gasen zu Feinstaub, der zu Lungen- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen führt.



Tod durch resistente Keime

Beispiel Antibiotikaresistenz: Multiresistente Keime gehören zu den häufigsten Todesursachen weltweit. Hintergrund ist insbesondere der massive Einsatz von Antibiotika in der industriellen Tierhaltung. Dieser führt dazu, dass Bakterien gegen die verschiedenen Antibiotika resistent werden. Dadurch verliert unsere stärkste Waffe gegen bakterielle Infektionen ihre Wirkung. Die Studie „Global Burden of Disease Study“ geht davon aus, dass im Jahr 2019 weltweit 1,27 Millionen Menschen starben, weil Antibiotika nicht mehr wirkten. In der EU sind es nach Schätzungen der EU-Gesundheitsbehörde jährlich über 35.000.

Belastete Gewässer

Nach Auskunft des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) entstehen die Resistenzen vor allem in Geflügelmastanlagen und gelangen über den Schlachtprozess bis in den Supermarkt. Im Mai 2023 wurden multiresistente Keime auf Hühnerfleisch des Discounters Lidl festgestellt. Doch nicht nur dort. Antibiotikaresistente Keime verbreiten sich auch über Schlachtabwässer in die Umwelt. Im Frühjahr 2022 wurden in 35 von 44 analysierten Wasserproben in der Nähe von Schlachtbetrieben multiresistente Keime gefunden.

Gefahr Nitrat

Ein weiteres prominentes Beispiel ist Nitrat. Die Stickstoffverbindung ist gesundheitsschädlich und gefährdet Gewässer, Böden und Artenvielfalt. Zwei Drittel der Stickstoffemissionen in Deutschland stammen aus der Landwirtschaft, insbesondere aus den Ausscheidungen der Tiere. Deswegen verpflichtet die EU-Nitratrichtlinie Deutschland, Überschreitungen des Nitrat-Grenzwertes zu verhindern. Dennoch werden die kritischen Konzentrationen bei einem Drittel der getesteten Flächen überschritten. Im Trinkwasser ist der Grenzwert zwar selten zu hoch, weil die Wasserwerke das Nitrat aus dem Rohwasser entfernen. Doch dies ist aufwändig und teuer. Diese Beispiele zeigen exemplarisch die immensen Schäden für die Gesundheitssysteme und die Folgekosten beispielsweise für die Aufbereitung des Trinkwassers. Und dies sind nur drei Beispiele von vielen.

Teures Billigfleisch

Doch dieser wahre Preis wird bisher nicht eingepreist. Das ist auch das Ergebnis des aktuellen „Grillfleisch-Checks“ des World Wildlife Funds (WWF). Danach ist Schweinefleisch zur Grillsaison mit durchschnittlich 7,86 Euro pro Kilogramm billiger als Grillkäse (10,75 Euro). Pflanzliche Alternativen hin-



Foto: Adobe Stock/mescioglu

Eine globale vegane Ernährungsweise hat das Potenzial, die Treibhausgasemissionen um 70 Prozent zu verringern

gegen waren mit 11,64 Euro pro Kilo deutlich teurer. Bei dem Schweinefleisch wurde die Haltungsform nicht angegeben, was nahelegt, dass es sich um die niedrigsten Tierschutzstandards handelt. Doch es ist nicht nur der Preis: Fleischprodukte wurden auch 20-mal häufiger beworben als pflanzliche Alternativen. Dies und der niedrige Preis steigern den Konsum von schädlichen Produkten. Insofern ist es auch der Handel, der zu den immensen Folgeschäden beiträgt.

Förderpolitik kontraproduktiv

Die externalisierten Kosten, also die wahren Kosten, sind nicht nur schädlich und ungerecht, sie führen auch zu Marktverzerrungen oder Marktversagen. Um dieses Problem anzugehen, gibt es verschiedene Lösungsansätze, wie beispielsweise die Einführung von Umweltsteuern, Subventionen für nachhaltige Anbaumethoden oder die Zertifizierung von umweltfreundlichen Produkten. Doch die derzeitigen Agrarsubventionen bewirken genau das Gegenteil. Die Tierhaltung in der EU ist für 12 bis 17 Prozent der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Dennoch fließt noch immer der Großteil der Agrarsubventionen in die konventionelle Landwirtschaft und damit in die industrielle Tierhaltung.

„Wir füttern das Problem“

Das heißt, die Gesellschaft zahlt doppelt. Einmal über die Subventionen und dann noch einmal für die Beseitigung der Schäden. Dies ist umso katastrophaler, wenn man bedenkt, dass die Agrar-Subventionen mit fast 400 Milliarden Euro der größte Posten im EU-Budget bis 2027 sind. In keinen anderen Wirtschaftszweig fließen mehr Steuergelder. Das meiste geht an Großbetriebe ohne konkrete Umweltvorgaben. Wir füttern das Problem mit unseren Steuergeldern. Dass sich dies ändern muss, fordert auch die Greenpeace-Studie „Feeding the problem“. Ihr Fazit: Ein globaler Umstieg auf eine vegetarische oder vegane Ernährungsweise könnte die Treibhausgasemissionen um 63 beziehungsweise 70 Prozent verringern. Dies bestätigt auch der Weltklimarat (IPCC). Er geht davon aus, dass Änderungen im Verbraucherverhalten das größte Potential zur Reduktion von Treibhausgasen haben.



Foto: Adobe Stock/Rawpixel.com

Die niedrigsten Folgekosten haben biologisch angebaute pflanzliche Nahrungsmittel.

Neue Methode zur Ermittlung der Schattenkosten

Doch zurück zu den Folgekosten: Lassen sich diese Kosten überhaupt quantifizieren und monetarisieren? Hierzu wurde in den letzten Jahren das sogenannte True Cost Accounting (TCA) entwickelt, eine neue Methode zur Ermittlung der tatsächlichen Kosten eines Produkts oder einer Dienstleistung. Ein aktuelles Beispiel ist der Bericht „External Costs of Animal Sourced Food in the EU“, den das Impact Institute im Auftrag der europäischen Tierschutz-Dachorganisation der Eurogroup for Animals erstellt hat. Die umfangreiche Studie, die auch Exporte aus Deutschland und Importe aus Nicht-EU Staaten berücksichtigt, stellt den Einnahmen, die durch tierische Produkte generiert werden, die Kosten gegenüber, die tatsächlich durch Produktion und Konsum von tierischen Produkten in der EU entstehen, etwa für ernährungsbedingte Krankheiten, Luftverschmutzung, Landnutzung und mangelnden Tierschutz.

Hohe Kosten durch fehlenden Tierschutz

Das Ergebnis: Die errechneten Folgekosten für die etwa 8,4 Milliarden in der EU geschlachteten Tiere belaufen sich auf 1.455 Milliarden Euro und sind damit um das Achtfache höher als der finanzielle Wert von Produktion und Konsum. Als eine der Hauptursachen für die hohen Folgekosten macht die Studie den fehlenden Tierschutz aus. Den in der Studie gemessenen Tierschutzindikatoren zugrunde liegt das sogenannte „Five Domains Model“, das 1994 von Mellor und Reid entwickelt wurde. Dieses umfasst die Bereiche Ernährung, Umgebung, Gesundheit, Verhalten und den mentalen Status der Tiere, wie Angst, Stress, Durst, Hunger oder Schmerz.





Tiertransporte und niedrige Tierschutzstandards: keine Ersparnis, sondern ein Kostentreiber

Foto: Adobe Stock/ Patrick Poendl



Kostentreiber weißes und rotes Fleisch

Die meisten externen Kosten sind demnach auf rotes Fleisch (Rindfleisch- und Schweinefleisch) und weißes Fleisch (Geflügel) zurückzuführen. Der Konsum von rotem Fleisch gilt als Hauptursache für nicht übertragbare Krankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Nierenerkrankungen und Krebs sowie von Umweltschäden aufgrund von Landnutzung, Wasserverbrauch und Futtermittelproduktion. Weißes Fleisch, das hauptsächlich von sogenannten Masthühnern stammt, wird unter besonders niedrigen Tierschutzstandards produziert (Qualzucht, hohe Tierzahlen und hohe Besatzdichten). Die Produktion bedingt beispielsweise eine hohe Luftverschmutzung durch Ammoniak, Stickoxidemissionen und Feinstaub sowie ebenfalls die Auswirkungen der Tierfutterproduktion.

Tatsächliche Kosten liegen höher

Der Bericht betont, dass diese kalkulierten Kosten jedoch noch immer unter den tatsächlichen Folgekosten liegen. Hintergrund ist, dass diverse Faktoren entweder nicht quantifiziert werden können oder außerhalb des Spektrums der Studie liegen, wie Kosten, die außerhalb der EU entstehen, etwa durch die Abholzung von Wäldern, um Weideflächen oder Felder zur Futterproduktion zu schaffen sowie die Folgekosten, die auf den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung zurückgehen. Außerdem wurden Fische nicht berücksichtigt. Das ist keine Kleinigkeit. Aus dem Report „Europa verschlingt die Welt“ aus dem Jahr 2022 geht hervor, dass in der EU 5,1 Millionen Tonnen Fisch „produziert“ und 9,5 Millionen Tonnen importiert werden.

Schäden werden exportiert

Dafür fließen andere Folgekosten in die Berechnung mit ein, wie die Kosten für Transport, Verarbeitung, die Verschwendung von Lebensmitteln sowie die medizinischen Kosten für die Behandlung ernährungsbedingter Erkrankungen. Die Studie bezieht sogar die Schäden für zukünftige Generationen mit ein sowie die, die durch die Produktion des Tier-

futters entstehen. Der durchschnittliche Europäer konsumiert pro Jahr 61 Kilo Soja, 90 Prozent davon über den Verzehr von tierischen Produkten. Damit exportiert die EU ihren ökologischen Fußabdruck und verlagert die für die Sojaproduktion notwendige Entwaldung und die entsprechenden Kosten in andere Länder. Laut Report verursacht Soja von allen importierten Agrarrohstoffen die flächenmäßig dramatischste Entwaldung. Umso wichtiger, die wertvollen Bohnen nicht an Tiere zu verfüttern, sondern sie direkt zu essen.

Ernährung ist größte Stellschraube

Als Lösung schlägt die Studie eine Kombination von Maßnahmen vor, wie höhere Tierschutzstandards, eine Steigerung des Bio-Anbaus und eine Umstellung auf eine stärker pflanzenbasierte Ernährung. Bei einer Umstellung auf 25 Prozent biologische Tierhaltung könnten allein 47 Milliarden Euro eingespart werden, unter anderem durch geringere Besatzdichten, Zugang ins Freie und kürzere Transporte. Spektakulär ist das Ergebnis der Wirkung einer veränderten Ernährungsweise: Aktuell konsumieren EU-Bürger:innen laut Bericht 960 Gramm tierische Produkte mit insgesamt 56,7 Gramm tierischen Proteinen am Tag. Würde der Konsum dieser Produkte tierischer Herkunft auf täglich 196 Gramm reduziert und die entsprechenden Proteine durch den Konsum pflanzlicher Produkte (99,5 Gramm/Tag) und ihrer Eiweiße gedeckt werden, wie bereits 2020 in Form der flexitarischen Ernährungsweise von der FAO empfohlen – könnten die Folgekosten von aktuell 1455 Milliarden auf 309 Milliarden Euro reduziert werden.

Keine Nachhaltigkeit ohne Tierschutz

Auch die EU-Kommission und die FAO betonen, dass Tierschutz im Zentrum der Nachhaltigkeit stehen muss. Eine Studie der Vereinten Nationen konzentrierte sich 2019 auf die Frage, warum speziell der Tierschutz ein zentraler Punkt bei einem höheren Preis sein muss. Dies sei sowohl aus ethischer, wirtschaftlicher und ökologischer Sicht zentral. Eine Tierhaltung, die von der Bevölkerung nicht akzeptiert werde, könne

nicht nachhaltig sein. Das belegt auch eine Umfrage im Rahmen der Sustainable Development Goals (SDG), in der der Tierschutz die zweitwichtigste Position einnahm.

Preis als Lenkungsinstrument

Einen anderen Ansatz verfolgt der Bericht der sogenannten TAPP-Koalition (True Animal Protein Price) von April 2023. Er kommt zu dem Ergebnis, dass – bezieht man die Umweltfolgen mit ein – deutliche Preiserhöhungen für Rind-, Schweine- und Hühnerfleisch sowie für Eier, Milch und Käse nötig wären. Konkret kam der Bericht auf 0,29 Euro Zusatzkosten pro Liter Milch und 10,16 Euro pro Kilogramm Rind. Darin enthalten sind die Folgekosten von Treibhausgasen, Ammoniak sowie der Anbau von Futterpflanzen. Eine Schätzung der Umweltbelastung durch die konventionelle Tierhaltung beläuft sich laut TAPP auf 22 Milliarden Euro pro Jahr. Diese Kosten werden auch von Vegetariern und Veganern bezahlt. Die TAPP-Koalition folgert, dass der Preis das wirksamste Lenkungsinstrument ist. Schon wenn die aktuell vergünstigten Mehrwertsteuersätze für Fleisch oder Milchprodukte wegfielen, würde dies dem Staat rund 5,7 Milliarden Euro Mehreinnahmen einbringen und die Treibhausgas-Emissionen um 3,4 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente im Jahr verringern.

Neues Gesundheitsverständnis nötig

Die Problematik geht aber noch weiter: Eine schlechte Tierhaltung führt zu erhöhter Krankheitsanfälligkeit und zur Verbreitung möglicherweise auf den Menschen übertragbarer Krankheiten. Gesundheitsexperten sind sich einig, dass angesichts der Folgen von Klimakrise, Massentierhaltung, Antibiotika-Resistenzen sowie von drohenden neuen Pandemien ein umfassenderes Gesundheitsverständnis nötig ist. Aus genau diesem Grund wurde ein neuer Gesundheitsansatz, das sogenannte One Health-Konzept entwickelt.

Akteure, wie der Leiter des Centrums für Bioethik an der Universität Münster, Johann Ach, fordern vor diesem Hintergrund eine grundlegende Agrarwende.

Oft unbekannt: Soziale Kosten

Die Praktiken bei Zucht, Haltung und Schlachtung von Tieren sind nicht nur aus tierethischen Gründen inakzeptabel. Die Arbeit in den Schlachthöfen ist auch für die Beschäftigten hochbelastend. Zum einen ist die Sicherheit der Arbeiter durch die hohe Geschwindigkeit der Schlachtbänder gefährdet. Zum anderen wirkt sich die Arbeit in Schlachthäusern negativ auf die menschliche Psyche aus. Zwei Studien stellen in der Umgebung von Schlachthäusern eine erhöhte Kriminalität fest.

Keine Zukunft ohne Abkehr vom Fleischkonsum

Unabhängig von der Art der Berechnung führen alle Studien zu dem gleichen Fazit: Die Folgekosten der Produktion tierischer Produkte sind ruinös. Da sie nicht eingepreist werden, zahlt die Gesellschaft die wahren Kosten. Das muss sich ändern. Zum einen, weil die skrupellose Ausbeutung der Tiere inakzeptabel ist, aber auch, weil unser Konsumverhalten die planetaren Grenzen sprengt. Wir brauchen eine zukunftsfähige Landwirtschaft und eine nachhaltige Bewirtschaftung unserer natürlichen Ressourcen. Der Bundesverband setzt sich seit Jahren für eine Abkehr von Fleischkonsum und Tierhaltung und für einen Umstieg auf pflanzliche Eiweißträger ein. Die gute Nachricht ist: Damit ist er nicht allein. Immer mehr Akteure fordern einen grundlegenden Wandel unseres Landwirtschafts- und Ernährungssystems.

*Dr. Stefanie Schindler
Christina Ledermann*



Um einen Wandel hin zu einer pflanzenbasierten Ernährung zu erreichen, sind deutliche Preiserhöhungen für Fleisch, Milch und Eier nötig.

Wahre Preise sind der entscheidende Hebel!

Der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Tobias Gaugler forscht an der Technischen Hochschule Nürnberg zum True Cost Accounting von Lebensmitteln. Seit dem Jahr 2018 veröffentlicht sein Team Studien zum Thema „How much is the dish – was kosten uns Lebensmittel wirklich?“.

Herr Professor Gaugler, der aktuelle Grillfleisch Check hat ergeben, dass Grillfleisch derzeit für 10 Euro je Kilo angeboten wird, während pflanzliche Alternativen durchschnittlich 11,64 Euro das Kilo kosten. Wie kann das sein?

Konventionell erzeugtes Schweinefleisch kann nur deswegen so billig angeboten werden, weil Schäden und Folgekosten nicht an der Ladenkasse bezahlt werden. Möglich ist dies nur auf Kosten von Tieren, Umwelt und der menschlichen Gesundheit. Würde man diese externen Effekte miteinrechnen, müssten tierische Lebensmittel deutlich teurer sein.

Könnten Sie konkretisieren, wie sich tierische Produkte verteuern würden, wenn man die Folgekosten miteinbezieht?

Wir haben 2020 im Auftrag der zu REWE gehörenden Penny-Märkte die externen Kosten handelsüblicher Lebensmittel ausgerechnet. Das Ergebnis war, dass die Produktion konventionell hergestellter tierischer Nahrungsmittel zu den höchsten externen Folgekosten führt. Für den Endkunden müssten Fleischwaren danach 173 Prozent, also knapp dreimal so teuer sein. Direkt danach folgen mit 122 Prozent konventionell hergestellte Milchprodukte.

Welche Nahrungsmittel haben auf der anderen Seite die beste Bilanz?

Die niedrigsten Folgekosten haben Bio-Lebensmittel pflanzlichen Ursprungs. Da kommen alle Studien zu ähnlichen Ergebnissen. Ein konventionell produzierter Apfel müsste inklusive der Folgekosten etwa 8 Prozent teurer sein, Kartoffeln und Tomaten 12 Prozent. Bei Produkten aus biologischem Anbau sind die prozentualen Preisaufschläge – verglichen mit konventioneller Herstellung – in etwa halb so groß. Kurz gesagt: Bio ist besser als konventionell und pflanzlich besser weit besser als tierisch.

Welche Treiber sind besonders schädlich?

Die aktuelle Form der Nutztierhaltung ist weder ethisch noch von den Folgekosten her zu verantworten. Schon allein die Klimaeffekte durch die Freisetzung von Treibhausgasen sind gewaltig. Aber es gibt noch andere Treiber wie Futtermittelanbau, Pestizide, Energieaufwand oder die Folgen der Stickstoff-Austragungen. Hinzu kommen die Schäden für Biodiversität, Tierwohl, menschliche Gesundheit oder die Abholzung des Regenwaldes.

Dann kommt es beim Preis darauf an, welche Treiber Sie einrechnen?

Ja genau, es kommt immer darauf an, welche Indikatoren man wählt. Je mehr wir einbeziehen, umso höher wird der Preisaufschlag. Allerdings ist es methodisch nicht möglich, alle externen Effekte realistisch zu quantifizieren. Wir haben bei unserer Berechnung beispielsweise die Auswirkungen von Antibiotikaresistenzen oder des Einsatzes von Pestiziden nicht berücksichtigt. Es reicht aber schon, ein paar dieser Treiber zu betrachten, um zu verdeutlichen, dass die aktuellen Preise völlig verzerrt sind.

Kommen Sie beim True Cost Accounting nicht schnell an die Grenzen der Quantifizierung? Was kostet zum Beispiel das Aussterben einer Art?

Wir stehen hier vor dem Problem, dass es methodisch nicht möglich ist, solche Folgekosten realistisch zu erfassen. Wir können uns nur die einzelnen Treiber vornehmen und uns Stück für Stück annähern. Aber darum geht es auch gar nicht. Das Problem ist doch, dass der Preis für die Folgekosten aktuell gleich null ist.

Was wären die richtigen Instrumente, um unsere schädlichen Konsummuster zu verändern?

Ich denke, dass ein ganzes Bündel von Maßnahmen nötig ist. Der entscheidende Hebel ist jedoch aus meiner Sicht die Preiswahrheit. Denn grundsätzlich handelt es sich hier um eine Form von Marktversagen, dem mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen begegnet werden müsste. Nicht nur bei den Konsument:innen sondern auch innerhalb der Kette, also auch zwischen den Unternehmen. Das würde allerdings voraussetzen, dass die Politik ihre Aufgabe erledigt und dafür sorgt, dass Produkte verursachergerecht bepreist werden. Diese Preiswahrheit würde schnell zu Konsumveränderungen führen. Pflanzenmilch beispielsweise ist bezüglich Produktion und Inhaltsstoffen wesentlich günstiger herzustellen als Tiermilch. Ein mediterranes Essen zu produzieren, ist wesentlich billiger als ein teures Stück Fleisch.

Auf der einen Seite haben wir einen enormen Handlungsdruck, auf der anderen lassen sich Menschen nicht gerne vorschreiben, was sie essen sollen ...

Deswegen sind Verbote der falsche Ansatz. Sie sind von der Bevölkerung nicht gewollt und politisch nicht durchsetzbar.



Wirtschaftswissenschaftler
Prof. Dr. Tobias Gaugler

Wir müssen die Preise so wahr und fair setzen, dass sie der Kostenwahrheit entsprechen und nicht zu Lasten anderer billig gehalten werden. Das geht nur über den Preis. Dazu müssen wir den Menschen die Wahrheit sagen, dass es so nicht weitergehen kann.

Gibt es Vorbilder, wie wahre Preise sozial-gerecht umgesetzt werden könnten?

Eine Möglichkeit wäre die Einführung einer Klimadividende für alle Produkte. Das ist eine sehr effiziente Umverteilungsmethode, die diejenigen belohnt, die unterdurchschnittlich viel CO₂ verbrauchen. Dabei wird das CO₂, das bei der Produktion eines Gutes entstanden ist, konsequent eingepreist. Über das geplante CO₂-Grenzausgleichssystem würden auch Importe erfasst. So entsteht ein Preis, den alle bezahlen müssen. Die Wohlhabenden, die eher große Häuser haben, Fernreisen machen und ins Steakhouse gehen, hätten einen entsprechend großen CO₂-Fußabdruck und würden entsprechend mehr zahlen. Die Mehreinnahmen würden aufkommensneutral in gleichen Teilen an die Bürger zurückgegeben. Ich gehe davon aus, dass 75 Prozent der Bürger durch diesen Mechanismus mehr Geld in der Tasche hätten. Dies würde auch die soziale Frage lösen. Und es wäre auch kein Konsumverzicht, denn es kann sich jeder überlegen, ob er oder sie zu einem doppelt so teuren Steak greift oder lieber zu einem deutlich günstigeren pflanzlichen Produkt.

Sie sprachen von einem Bündel von Maßnahmen...

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt ist die Außerhausverpflegung. Vielen Kantinen gelingt es schon heute, vollwertige pflanzliche Gerichte gut zu vermarkten. Nicht, indem sie sie als vegetarisch bezeichnen, sondern indem sie als gesunde und günstige mediterrane Alternative angeboten werden. Außerdem müssten wir beim Marketing ansetzen. Es kann nicht sein, dass auf den Verpackungen noch immer eine Kuh auf der Wiese abgebildet ist, obwohl die Tiere nie eine Weide gesehen haben. Entscheidend ist auch die Bildung: Eine gesunde und nachhaltige Ernährung muss auf den Stundenplan und in die Kitas.

Doch wie schaffen wir das Bewusstsein für diese notwendigen Veränderungen?

Das könnte gelingen über die Änderung gesellschaftlicher Konventionen. Dabei hilft beispielsweise, dass die Deutsche Gesellschaft für Ernährung ihre Konsumempfehlungen für die Menge tierischer Produkte deutlich reduziert. Doch das allein reicht nicht. Damit erreichen wir gebildete, gutverdienende Frauen in den Städten. Doch was ist mit älteren Männern auf dem Land? Dort hält sich der Irrglaube vom Stück Fleisch, das vermeintlich ein Stück Lebenskraft ist, am hartnäckigsten. Hier könnten gezielte Aufklärungskampagnen helfen.

Landwirtschaftsminister Cem Özdemir hat sich dafür ausgesprochen, die Mehrwertsteuer auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte zu streichen. Was halten Sie von diesem Ansatz?

Die Mehrwertsteuer für pflanzliche Produkte abzuschaffen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Gleichzeitig sollte jedoch auch die Mehrwertsteuer für Fleisch und Co. erhöht werden. Mit den Mehreinnahmen könnten höhere Tierhaltungsstandards und die Erzeugung pflanzlicher Nahrungsmittel gefördert werden. Allerdings ist die Mehrwertsteuer dazu nicht gedacht. Hinzukommt, dass die Bundesregierung Steuererhöhungen ausgeschlossen hat.

Sehen Sie bei der Bundesregierung sonst sinnvolle Ansätze?

Ja, die kürzlich beschlossene Tierwohlkennzeichnung beispielsweise. Doch es geht trotzdem viel zu langsam. Die Niederlande sind bei der Klimagesetzgebung wesentlich weiter. Dort werden Prämien zur Abstockung der Tierbestände gezahlt. Das bräuchten wir auch in Deutschland. Nötig wären Anschubfinanzierungen und gezielte Programme für die Transformation, die für die Landwirtinnen und Landwirte attraktiv sind und Planungssicherheit geben.

Welche Rolle spielt die aktuelle Subventionspolitik?

Eine sehr große! Die Politik darf nicht weiter fördern, dass wir auf Kosten der künftigen Generationen leben. Wir sehen das am Beispiel Billigflüge: Es ist grotesk, dass wir diese klimaschädliche Mobilität subventionieren, indem wir das Kerosin nicht besteuern. Deswegen müssen wir auch an die Agrarsubventionen ran: Mit ihnen könnten wir steuern, dass die Landwirte mehr nachhaltige Produkte produzieren.

Glauben Sie daran, dass wir den Wandel schaffen können?

Wenn wir wahre Preise haben, werden sich nach der ökonomischen Logik die günstigeren pflanzlichen Lebensmittel gegen die teuren tierischen Produkte durchsetzen. Aktuell ist es umgekehrt. Pflanzliche Produktalternativen sind meist teurer, weil sie einen geringeren Marktanteil haben. Dies würde sich durch eine realistische Preisgestaltung umdrehen und pflanzliche Alternativen durch Größen- und Verbundvorteile günstiger machen. Das in Verbindung mit einem Bewusstseinswandel und einer positiven Kommunikation könnte ein Weg sein – zusammen mit Landwirt:innen und Lebensmittelkonzernen.

Das Interview führte Christina Ledermann

Wie kann der notwendige Wandel gelingen?

Es steht außer Frage, dass wir nicht mehr weitermachen können wie bisher. Hochwasser, Dürren, Artensterben und Fluchtbewegungen – was wir erleben, ist nicht der Anfang, wir sind bereits in der Klimakrise. Und dies hat maßgeblich damit zu tun, dass wir noch immer Tiere konsumieren. Doch Katastrophisieren ist kontraproduktiv. Stattdessen brauchen wir zukunftsweisende Konzepte, wie wir die multiplen Krisen bewältigen können. Dazu stellen wir die Lösungsansätze von drei prominenten Autor:innen vor.

Wenn wir weiter auf Wachstum setzen, wird sich die Klimakrise verschärfen, bis es zu einem chaotischen Zusammenbruch kommt. Dies prognostiziert die Bestseller-Autorin Ulrike Herrmann in ihrem neuen Buch „Das Ende des Kapitalismus“. Warum? Wachstum und Klimaschutz, so Herrmann, seien unvereinbar, unendliches Wachstum in einer endlichen Welt nicht möglich. Das kapitalistische System müsse jedoch wachsen, um stabil zu sein. Für dieses Wachstum seien Maschinen nötig sowie Öl, Gas und Kohle, um diese anzutreiben. Doch die produzierten enorme Mengen an CO₂. Ihre Lösung: grünes Schrumpfen. Wir müssen, laut Herrmann, die erneuerbaren Energien ausbauen und gleichzeitig den Energiehunger unseres Wirtschafts- und Lebensmodells reduzieren. Am Ende müsse eine ökologische Kreislaufwirtschaft stehen, in der nur noch so viel verbraucht werde, wie nachhaltig produziert werden kann.



Bestseller-Autorin
Ulrike Herrmann

Grünes Wachstum ist eine Illusion

Das sogenannte „grüne Wachstum“, bei dem wir nach der Umstellung auf erneuerbare Energien weitermachen können wie bisher, hält sie für eine Illusion. Der Grund: Die Menge an Ökoenergie sei begrenzt. Selbst wenn wir in Zukunft alle verfügbaren Flächen nutzen, werde klimaneutrale Energie knapp und teuer sein. Deswegen müssten unser Energiehunger und die Wirtschaftsleistung sinken. Und dies laufe für jeden von uns auf Verzicht hinaus.

Nötig ist eine demokratische Planwirtschaft

Das einzige Vorbild, bei dem ein kontrolliertes Schrumpfen ohne ein Kollabieren des Wirtschaftssystems gelungen sei, war, nach Herrmanns Einschätzung, die britische Kriegswirtschaft von 1939. Die Engländer hätten damals eine private, demokratische Planwirtschaft entwickelt, um die knappen Güter zu rationieren und die Kapazitäten in den Fabriken freizumachen für Militärgeräte. In unserem Fall könnte der Staat beispielsweise der Automobilindustrie vorschreiben, Windräder oder Solarpaneele zu bauen.

Abschied von Auto, Flugreisen – und Fleischkonsum

Allerdings, beruhigt Herrmann, wären wir nicht so arm wie die Briten 1939. Selbst wenn wir auf 50 Prozent unserer Wirtschaftsleistung verzichten würden, wären wir immer noch so reich wie 1978. Wir könnten den medizintechnischen Fortschritt behalten und wahrscheinlich auch das Smartphone. Verabschieden müssten wir uns jedoch vom privaten Auto, Flugreisen – und von unserem hohen Fleischkonsum. Denn Fleisch sei nicht harmlos. Neben gesundheitlichen Gründen zerstöre unser Fleischhunger und die intensive Landwirtschaft Artenvielfalt, Natur und Klima. Für Soja würde der Regenwald abgeholzt, Rinder produzierten Methan und die Gülle verseuche das Grundwasser.

Landwirtschaft: Umstellung ökonomisch ungefährlich

Wenn wir weniger Fleisch essen und dadurch weniger Flächen bewirtschaften, könne der freie Boden wieder bewalden und große Mengen an CO₂ binden. Die Produktion von Nahrungsmitteln werde in jedem Fall deutlich schwieriger, prognostiziert Herrmann. Denn in Zukunft würden die Lebensmittel so knapp, dass alle nur noch satt werden könnten, wenn wir weitgehend auf Fleisch verzichten. Ökonomisch sei dies ungefährlich, da die Landwirtschaft bereits jetzt schon subventioniert und staatlich reguliert sei. Bauernhöfe und Lebensmittelindustrie würden weiter gebraucht und die Menschen würden weiterhin essen – nur eben anders.

Harald Welzer: Utopien einer besseren Zukunft



Wir sind mittendrin in der Klimakatastrophe. Deswegen haben wir es mit Endlichkeitsproblemen zu tun, erklärt Harald Welzer, Professor für Soziologie, Sozialpsychologie und Transformationsdesign sowie Direktor der FUTURZWEI. Stiftung Zukunftsfähigkeit. Welzer und seine Stiftung engagieren sich für alternative, zukunftsfähige Lebensstile. In seinen Büchern entwirft er Utopien einer besseren Zukunft und plädiert dafür, die Wachstumsversessenheit zu begrenzen.



Journalist und Autor
George Monbiot

George Monbiot: Wiedergutmachung ist möglich

Die von Ulrike Herrmann angemahnte Problematik, alle verfügbaren Böden unter den Pflug zu nehmen, hat noch einen weiteren Aspekt: Viele der heute landwirtschaftlich genutzten Böden sind am Rande ihrer Kapazität oder bereits ausgelaugt. Flankierend zu allen Maßnahmen muss daher die Wiederherstellung des Bodens – die Grundlage unserer Landwirtschaft – in Angriff genommen werden. Dass dies möglich ist, beschreibt George Monbiot, Journalist, Umweltschützer, Universitätsdozent und politischer Aktivist in seinem Buch „Regenesis“ (2022), das in der deutschen Ausgabe „Neuland“ heißt.

Wir müssen aufhören

Ähnlich wie Ulrike Herrmann weist Welzer darauf hin, dass die konventionelle Wirtschaft zerstörerisch ist. Auch er hält grünes Wachstum für eine Illusion. Das Problem: Unsere Kultur habe kein Konzept vom Aufhören. In seinem Buch „Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand“ plädiert er für einen reduktiven Lebensstil. Es gehe nicht um Wachstum und Konsum, sondern es brauche wirtschaftliche Strategien, um aufzuhören, die Natur und damit unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Hierbei gebe es eine politisch-kulturelle Problematik, da stets im Modus des Katastrophischen kommuniziert werde. Sozialpsychologisch betrachtet, nutze sich diese Form der Kommunikation ab. Deswegen verändern wir weder unsere Lebens- noch Wirtschaftsweise. Menschen, so der Sozialpsychologe, definierten sich über soziale Codes: Fernreisen, Mode, Konsumartikel. Die Medien schafften dabei eine Dauererzählung von Weltreichweite und Konsum. Die Welt werde verstanden als „eine große Gelegenheit zum Verbrauch“ so Welzer.

Wider den Hyperkonsum

Wer etwas verändern wolle, der müsse den Konsum-Erzählungen etwas entgegenhalten. Und zu den eigenen Überzeugungen stehen, auch wenn das nicht einfach sei. In einem Gastbeitrag im Magazin Chrismon erklärte er diesen Konformitätsdruck am Beispiel eines Restaurantbesuchs, wo er nach seinem Vortrag über eine nachhaltige Zukunft mit Unternehmern speiste. Als Vorspeise gab es Thunfisch. Aus seiner Sicht gehöre es aber zu den Grundsätzen gelebter Nachhaltigkeit, sich nicht schuldiger zu machen als unvermeidlich – und „Thunfisch zu essen geht heute einfach nicht mehr“. Der gefühlte soziale Druck, gegen die eigene Überzeugung den Thunfisch einfach zu essen, sei in dem Moment enorm gewesen. Denn das Erwartbare fordere keine Erklärung, nur das Abweichende müsse begründet werden.

Für Welzer braucht es positive Handlungsmöglichkeiten in Zeiten des Hyperkonsums, damit das Gegebene nicht als einzig Denkbare erscheint. Zum Beispiel mit einer Umerzählung: „Kreuzfahrtschiffe sind fahrende Plattenbauten, in denen man zusammengepfercht mit 8.000 Leuten Richtung Nordpol schippert“, so Welzer. Das sei nichts anderes als eskapistischer Megazerstörungstourismus.“

Gemeinwohl statt individuellem Profit

Im Sinne des Aufhörens sollten wir nicht fragen: Wie machen wir das Auto klimaneutral? Sondern: Wie bewegen wir uns fort? Welzer stellt erfolgreiche Formen des Selbsthandelns vor, die sich am Gemeinwohl statt an individuellem Profit orientieren. Er animiert dazu, die eigenen Handlungsspielräume zu nutzen. Die Menschen müssten das Gefühl haben, Teil von etwas zu sein. Jeder könne dazu beitragen, dass die Welt ein guter Ort für alle wird.

Böden wieder fruchtbar machen

Der Raubbau am Ackerboden ist eines der größten Probleme unserer Zeit. Monbiot kam auf die Idee zu seinem Buch, als er in seinem Garten in England eine Schaufel voller Erde betrachtete und realisierte, dass er auf eines der reichhaltigsten Ökosysteme der Erde schaute, das vermutlich so artenreich wie der Regenwald, und ebenso wenig erforscht ist. Dabei ist das Bodenleben zentral für die Bodenfruchtbarkeit.

Landwirtschaft als Ökosystem

Der Landwirt Iain Tolhurst, den Monbiot für sein Buch interviewte, bearbeitet seinen Boden ohne tierische Produkte, Pestizide, Herbizide oder Dünger. Was wie ein sicherer Weg in den Ruin klingt, beschert ihm eine sich ständig verbessernde Bodenqualität und große Artenvielfalt. „Ich baue kein Gemüse an. Ich baue Artenvielfalt an. Das Gemüse ist ein Nebenprodukt“ (eigene Übersetzung), erklärt Tolhurst. Seine Erträge liegen im unteren Bereich einer konventionellen Landwirtschaft, was zunächst „unökonomisch“ klingt. Wendet man hier allerdings das Prinzip der TCA an (siehe Interview mit Prof. Gaugler) könnte die Gesamtbilanz ganz anders aussehen, da Boden und Artenvielfalt auf- statt abgebaut werden.

Andere Protein- und Fettquellen finden

Monbiot schreibt: „Wir können die Reise nicht vollenden, bis diejenigen, die bei ihrer Ernährungsweise eine Wahl haben, aufhören, Tiere zu essen und andere Protein- und Fettquellen finden“ (eigene Übersetzung). Hier kommt ein wichtiger Aspekt zum Tragen: „Diejenigen, die eine Wahl haben“. Viele haben keine. Wir schon. Der Fleischkonsum ist ein starkes Signal, sagt Ulrike Herrmann. Solange er nicht deutlich sinke, zeige dies, dass es unserer Gesellschaft egal sei, dass wir den Planeten und unsere eigene Zukunft ruinieren.

Dr. Stefanie Schindler, Steffanie Richter, Christina Ledermann

Wirtschaft schlägt Tierschutz

Ob Haltungskennzeichnung, Reform des Tierschutzgesetzes, Vorgaben für Puten oder die Einführung der Bundestierschutzbeauftragten – blickt man auf die Quantität der vom grün geführten Landwirtschaftsministerium angestoßenen Tierschutzverbesserungen, hat die Ampel im Vergleich zu den Vorgängerregierungen vieles auf den Weg gebracht. Doch blickt man auf die Details, zeigt sich, dass der Tierschutz noch immer wirtschaftlichen Interessen untergeordnet wird.

Die guten Nachrichten zuerst: Am 12. Juni trat die erste Bundestierschutzbeauftragte offiziell ihr Amt an. Der Bundesverband begrüßte, dass die Bundesregierung ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einlöste und gratulierte Ariane Kari. Mit dem Amt tritt die Tierärztin, die bisher stellvertretende Landestierschutzbeauftragte in Baden-Württemberg war, eine Mammutaufgabe an. Sie soll nicht nur den zuständigen Landwirtschaftsminister in Tierschutzfragen beraten, sondern den Tierschutz auch auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene weiterentwickeln. Bei der Ausstattung der Stelle kam die Ampel einigen Forderungen der Tierschutzverbände nach, beispielsweise soll die Bundestierschutzbeauftragte politisch und fachlich unabhängig arbeiten. Sie hat jedoch nicht die Möglichkeit, tierschutzrechtliche Entscheidungen gerichtlich überprüfen zu lassen. Es bleibt abzuwarten, ob die personelle, finanzielle und rechtliche Ausstattung der Stabsstelle ausreicht, um der großen Aufgabe gerecht zu werden.

Haltungskennzeichnung in der Kritik

Kritik statt Lob erntete Landwirtschaftsminister Cem Özdemir für seine Mitte Juni verabschiedete Haltungskennzeichnung für Schweinefleisch. Der Bundesverband und andere Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen hatten zuvor dazu aufgerufen, das Gesetz in dieser Form nicht zu beschließen – vergeblich. Kern der Kritik ist, dass die Kennzeichnung nicht die gewünschte Lenkungswirkung hin zu einer besseren Tierhaltung hat. Stattdessen bewirkt sie das Gegenteil, indem sie Fleisch aus schlechten Tierhaltungsbedingungen aufwertet. Besonders problematisch sind die untersten Stufen. Nur 12,5 Prozent mehr Platz soll den Tieren in der Stufe „Stall+Platz“ im Vergleich zum gesetzlichen Mindeststandard zugestanden werden.

Schöne Worte für schlechte Tierhaltung

Dies ist nach Ansicht des Bundesverbandes ein Etikettenschwindel. Die neutrale Benennung „Stall+Platz“ suggeriert, dass den Tieren erheblich mehr Platz zur Verfügung steht. Dabei leben sie nach wie vor in einer engen Mastanlage. Spaltenböden, Kastenstände, Amputationen und tierquälische Betäubungsmethoden sind noch immer zulässig und ein Auslaufen der untersten beiden Stufen nicht vorgesehen. Auch bei den höheren Stufen wie dem „Frischlufstall“ wird der Eindruck einer artgerechten Haltung erzeugt. Dabei ist hier nur ein sogenannter Außenklimateinfluss nötig, von einem echtem Zugang nach draußen keine Spur. Bei der Stufe „Auslauf/Weide“ reicht es, wenn den Tieren statt Weide ein kleiner betonierter Auslauf zur Verfügung steht.

Täuschung statt Transparenz

Hinzu kommt, dass die Kennzeichnung nicht alle Aspekte der Tierhaltung erfasst. Anders als im Koalitionsvertrag angekündigt, werden bei der Mehrheit der Stufen nur die Haltungsstandards in der Mast erfasst, die Bedingungen bei Aufzucht, Transport und Schlachtung fließen nicht ein. Dabei kommt es auch in diesen Bereichen zu massiven Tierschutzverstößen. Außerdem wird zunächst nur das Frischfleisch von Schweinen gekennzeichnet. Das heißt die Kennzeichnung erfasst nur ein Drittel des Fleisches von nur einer Tierart. Özdemir betont zwar, dass die Kennzeichnung auf weitere Tierarten und Handelsbereiche ausgeweitet werden soll, doch was bringt das, wenn das Label statt zu Transparenz zur Verbrauchertäuschung führt, indem es Konsument:innen vorgaukelt, sie würden ein tierfreundliches Produkt kaufen?

Fehlt: Mut zum konsequenten Umbau

Und es kommt noch schlimmer: Da Förderungen und privilegierte Baugenehmigungen auf den im Tierhaltungskennzeichnungsgesetz festgelegten Haltungsformen basieren, könnte eine schlechte Tierhaltung zukünftig sogar noch gefördert werden. Dabei brauchen wir, statt die industrielle Tierhaltung durch Fördergelder noch zu zementieren, eine echte Agrar- und Ernährungswende weg von der Tierhaltung. Doch an die heißen Eisen Reduzierung des Fleischkonsums, der Tierbestände und Ausstiegsprämien traut sich der grüne Landwirtschaftsminister nicht heran. Hintergrund ist die enorme Macht der Agrarindustrie.

Schamlos: Lügen der Geflügel-Industrie

Dies zeigte sich auch in der groß angelegten Lügen- und Leugnungskampagne der Geflügel-Industrie gegen Özdemirs Pläne zur Einführung einer Haltungsverordnung für Puten. Deutschland habe die höchsten Tierschutzstandards europaweit und den Puten gehe es gut, hieß es im Fernsehen, in den sozialen Medien und auf teuren Berliner Plakatwänden. Dabei leiden über 30 Millionen Puten Jahr für Jahr in Deutschland unter den tierquälischen Bedingungen bei Haltung, Zucht, Transport und Schlachtung. Das Bündnis für Tierschutzpolitik forderte Özdemir auf, dem Druck der Geflügelindustrie keinesfalls nachzugeben. Stattdessen müsste das Platzangebot deutlich angehoben und die Hochleistungszucht der Tiere begrenzt werden.

Tierschutzgesetz: Agrarlobby setzt Verschlechterungen durch

Der Druck der Agrarlobby war zuletzt auch entscheidend bei der Überarbeitung des Tierschutzgesetzes. SPD, Grüne und FDP hatten im Koalitionsvertrag vereinbart, das Tier-

schutzgesetz für Haus- und sogenannte Nutztiere zu verbessern. Was im vorläufigen Referentenentwurf unter §1 stand, wäre ein echter Fortschritt gewesen. Danach sollte ein wirtschaftliches Interesse keinen vernünftigen Grund für eine Beeinträchtigung von Leben und Wohlbefinden eines Tieres darstellen dürfen. Doch nachdem der Deutsche Bauernverband den Abschnitt heftig kritisiert und „das Ende der landwirtschaftlichen Tierhaltung“ heraufbeschworen hatte, wurde der Absatz bei der Ressortabstimmung kurzerhand aus dem Entwurf gestrichen.

Wirtschaft geht vor Tierschutz

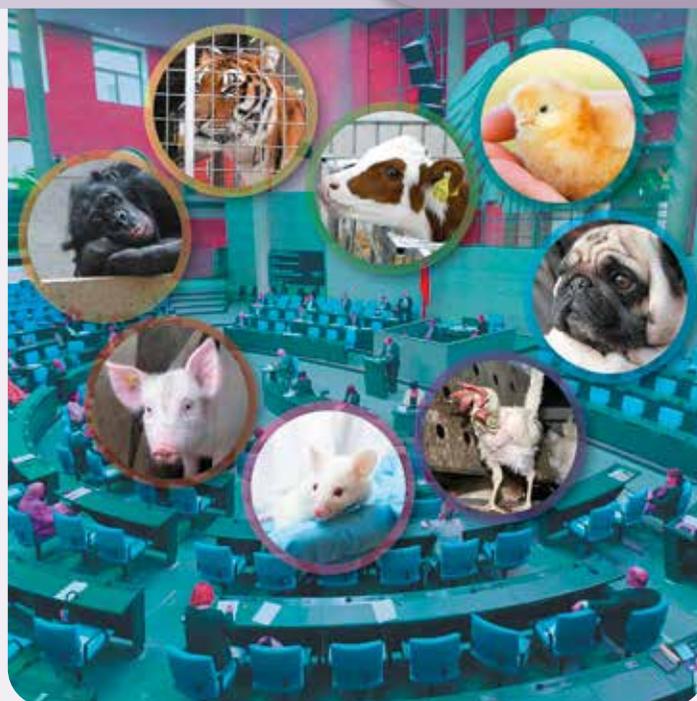
Dabei war die Ergänzung die logische Umsetzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) zur Tötung männlicher Küken aus dem Jahr 2019. Das BVerwG hatte damals die Bedeutung des Staatsziels Tierschutz betont und festgestellt, dass die wirtschaftlichen Interessen der Brüteereien allein kein vernünftiger Grund im Sinne des Tierschutzgesetzes seien, um die männlichen Küken millionenfach zu töten. Als Konsequenz wurde das Kükentöten Anfang 2022 verboten. Das Streichen des Absatzes steht für das grundsätzliche Problem: Der Tierschutz wird – Staatsziel hin oder her – wirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Dabei soll das Tierschutzgesetz reformiert werden, um das Staatsziel Tierschutz zu stärken.

Keine Rede von Tierversuchen

Mehr als enttäuschend ist zudem, dass die Tierversuche im Entwurf nicht angegangen werden. Zusammen mit weiteren Vereinen hatte der Bundesverband Minister Özdemir mehrfach aufgefordert, die eklatanten gesetzlichen Defizite zu beheben. Die aktuelle Rechtslage erlaubt noch immer schwerbelastende Tierversuche und schwächt die Genehmigungsbehörden.

Gute Ansätze

Der Entwurf enthält dennoch viele positive Ansätze: So sind deutlich höhere Geldbußen (bis zu 100.000 Euro) und Freiheitsstrafen (bis zehn Jahre) für Tierquälerei geplant. Außerdem soll den Behörden Aufklärung und Vollzug erleichtert werden. Es soll zudem verpflichtende Videoaufzeichnungen in Schlachthöfen, ein Verbot der Schlachtung hochträchtiger Schafe oder Ziegen sowie der ganzjährigen Anbindehaltung von Kühen geben. Eingriffe, wie das Kürzen der Ringelschwänze von Ferkeln oder die Enthornung von Rindern sollen nur noch mit Betäubung vorgenommen werden dürfen. Außerdem soll es eine Verpflichtung zur Kennzeichnung und Registrierung von Katzen und Hunden geben, der illegale Welpenhandel unterbunden sowie Verschärfungen für Anbieter von Online-Plattformen erlassen werden. Geplant ist zudem ein Ausstellungsverbot von Qualzuchten und ein Verkaufsverbot lebender Kopffüßer und Zehnfüßerkrebse zum Verzehr.



Obwohl der Schutz der Tiere im Grundgesetz verankert ist, wird er wirtschaftlichen Interessen untergeordnet.

Lobbyarbeit und Proteste nötig

Doch auch bei diesen vermeintlich guten Ansätzen, müssen die Tierschutz- und Tierrechtsverbände auf der Hut sein. Es ist beispielsweise inakzeptabel, dass die Tiere weiterhin durch Amputationen an die industrielle Haltung angepasst oder dass die Anbindehaltung von Kühen nur saisonal verboten werden soll. Damit die Reform des Tierschutzgesetzes tatsächlich Verbesserungen für die Tiere bringt, wird der Bundesverband – zusammen mit seinen Bündnispartnern – in den nächsten Monaten viel Zeit mit Stellungnahmen, Lobbyarbeit und Protesten vor Ministerien und Parteizentralen verbringen müssen.

Bündeln der Kräfte auf EU-Ebene

Ein Bündeln der Kräfte ist auch für die anstehenden Herausforderungen auf EU-Ebene nötig.

Zum einen will die EU-Kommission noch in diesem Jahr ihre überarbeitete Tierschutzgesetzgebung vorstellen, zum anderen tobt bereits der Wahlkampf für die Wahl des EU-Parlamentes im nächsten Jahr. Deswegen spitzten sich auch die Auseinandersetzungen um Ernährung, Tierschutz und Landwirtschaft zu. Aktuell geht es um die Kernelemente des EU-Green-Deals, der Europa bis 2050 klimaneutral machen soll. Die dazugehörige Farm-to-Fork-Strategie soll das Fundament für eine nachhaltige Lebensmittelproduktion bilden. Doch das gefällt nicht allen. Die konservative Europäische Volkspartei (EVP), die sich im Vorfeld der Wahlen zur „Bauernpartei“ erklärte, startete jüngst eine Kampagne gegen die Klima- und Umweltprojekte der EU-Kommission. Dabei brauchen wir brauchen mehr Schutz für Tiere, Klima und Natur. Umso wichtiger, dass die Tierschutz- und Tierrechtsbewegung in den nächsten entscheidenden Monaten dicht zusammensteht.

Christina Ledermann

Tierschutzrecht

„Wo ein Kläger, da ein Richter“

Tierquälerei, besonders solche im großen Stil, wird in Deutschland nicht oder nicht adäquat bestraft. Doch mittlerweile mehren sich die Stimmen für einen Wandel. Gerade zur rechten Zeit, denn die aktuelle Überarbeitung des Tierschutzgesetzes bietet die Chance, endlich eine effektivere Strafverfolgung von Tierschutz-Vergehen durchzusetzen.

Mitte Juni veröffentlichten mehrere Tierrechtsorganisationen die "Karte der Tierquälerei". In dieser Datenbank präsentieren sie gemeinsam die aufgedeckten Tierschutzskandale seit 2016. Die erdrückende Sammlung macht deutlich, dass sich nichts ändert, obwohl immer wieder grausamste Tierquälereien dokumentiert werden. Falls die Vergehen überhaupt verfolgt werden, müssen Tierquäler maximal eine Geldstrafe fürchten. Dieser Ansicht sind nicht nur Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen.

Massives Vollzugsdefizit

Deutlich wurde dies auch auf der 28. Internationalen Fachtagung der Deutschen Veterinärmedizinischen Gesellschaft (DVG). Dort stellten sich die Tierärzte dem Dilemma zwischen Wunschdenken und Wirklichkeit: Einerseits soll das Tierschutzgesetz den ethischen Anspruch mit wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Interessen in Einklang bringen und dabei den Tierschutz, auch durch das Strafrecht, sicher-

stellen. Andererseits werden immer wieder gravierende Tierschutz-Verstöße dokumentiert. Zahlreiche Studien und Fallbeispiele belegen dies. Das Ergebnis der Tierärzteschaft: Es besteht ein massives Vollzugsdefizit.

Doppelstandard in der Landwirtschaft

Die Teilnehmer des Symposiums äußerten denn auch harsche Kritik am aktuellen Tiernutzungssystem und der mangelnden Strafverfolgung von Tierschutz-Vergehen. Vorträge mit dem Titel „Rückschritte im Tierschutzrecht trotz 20 Jahren Staatsziel Tierschutz“ verdeutlichten den Frust und die Entrüstung, auch von behördlicher Seite. Erfahrungsberichte zeigten, dass Verbesserungsvorschläge und fachliche Kritik von Seiten der Tierärzte bisher meist an den politischen Wänden abprallen. Juristen legten dar, wo ihnen die Hände gebunden sind und warum die Gesetzeslage zu viel Spielraum lässt. Klarer Konsens war, dass besonders in der Landwirtschaft mit einem anderen Maß gemessen wird als bei Heimtieren oder sogenannten Versuchstieren.

3R-Prinzip für alle Tierhaltungen

Kernaussage zu Tieren in der Wissenschaft war, dass die gesetzlichen Bestimmungen für Tierversuche im Sinne des Tierschutzes höher sind als in den anderen Bereichen. Der Vorschlag: Das 3R-Prinzip (Reduce-Reduzieren, Refine-Verbessern, und Replace-Ersetzen) auf alle tierschutzrelevanten Bereiche auszuweiten. Während der Diskussion wurde gefordert, den Ersatz zu priorisieren. Dies entspricht dem Ansatz des Bundesverbandes, der sich für das Ersetzen von Tieren ausspricht, sei es durch pflanzliche Eiweißträger statt tierischer Produkte oder das Beenden von Tierversuchen durch humanspezifische Methoden.

Für ein besseres Tierschutzgesetz

Die Tagung zeigte deutlich, dass Tierärzteschaft und Juristen zu den gleichen Ergebnissen kommen wie Tierschutz- und Tierrechtsverbände. Gerade jetzt ist es wichtig, dass alle am Strafvollzug beteiligten Parteien ihre praktischen Erfahrungen an die Politik herantragen und Verbesserungen einfordern. Die Bundesregierung plant in der aktuellen Überarbeitung des Tierschutzgesetzes höhere Freiheitsstrafen und Geldbußen für Tierquälerei. Außerdem soll den Behörden Aufklärung und Vollzug erleichtert werden. Es ist zu hoffen, dass der Druck von Tierschutz, Tierärzteschaft und Juristen ausreicht, dass das überarbeitete Tierschutzgesetz seinen Namen endlich verdient.

Carolin Spicher

Die "Karte der Tierquälerei" fasst die aufgedeckten Tierschutzskandale seit 2016 zusammen.

Abb. links: Screenshot aus <https://tierschutz-skandale.de/>

Tierschutz-Skandale
KARTE DER TIERQUÄLEREI IN DE

AKTUELLE EINTRÄGE

- Das ist Haltungform 3 für Schweine**
Vorder, Hinderquälerei
Biotische Tierart: Schweine
Haltungstyp: Mastbetrieb
Datum der Veröffentlichung: Juli 2023
Name der beteiligten Organisation: Animal Rights Watch e.V. (ARW) e.V.
Betrobaforts: konventionell, Tierwohl, möglicher Betrieb
Kurzbeschreibung des Vorfalls: Schweine, die in überfülltem Käfig stehen oder verschmutzter, unhygienischer Umgebung schlafen. Diese Tiere können von einer Schweinemutter für „gehobener“ Haltungform 3.
- Schweine verhungern & verdursten in Tönnies-Zulieferbetrieb**
Kreis, Nordrhein-Westfalen
Betrobaforts: Tönnies, Schweine
Haltungstyp: Mastbetrieb
Datum der Veröffentlichung: Juli 2023
Name der beteiligten Organisation: Deutscher Tierschutzbund e.V.
Betrobaforts: konventionell, Tierwohl, möglicher Betrieb
Kurzbeschreibung des Vorfalls: Die Lämmer, die in der ersten Woche nach der Geburt nicht an den Gang ab, ohne Zugang zu Wasser und Futter. Auch in den Bäumen werden Krallen, verletzten und Exkubate Tiere sind u.a. Abküssen und Nabelkürzen.
- Bio-Hennen stehen stundenlang im Tiertransporter**
- Alltag in der Schweinehaltung: Krank, verletzt und sich selbst überlassen**

Tierversuche

Ungewöhnliche Koalition für den Ausstieg

Fast neun Millionen Tiere wurden laut offizieller Statistik im Jahr 2020 in europäischen Laboren eingesetzt, die meisten davon in Deutschland. Eine neue repräsentative Umfrage zeigt jedoch, dass die EU-Bürger:innen, insbesondere die Deutschen, einen Wandel hin zu tierversuchsfreien Lösungen wünschen. Auch die Pharmakonzerne haben großes Interesse an tierversuchsfreien Verfahren und erhöhen den Druck auf Politik und Regulierungsbehörden.

Die Statistik über die Verwendung von Tieren für wissenschaftliche Zwecke in den 27 EU-Mitgliedstaaten und Norwegen zählt insgesamt 8.054.930 Tiere, die 2020 in Versuchen eingesetzt wurden. Hinzu kommen weitere 686.828 Tiere, die zum Erhalt bestehender oder zur Schaffung neuer genveränderter Linien ihr Leben lassen mussten.

Armutszeugnis für Deutschland

Die erschütternde Bilanz: Nach dem Wegfall der Tierversuchshochburg Großbritannien besetzt Deutschland mit knapp 1,9 Millionen lebend in Versuchen eingesetzten Tieren den beschämenden Spitzenplatz. In zwölf anderen Mitgliedsstaaten sind die Zahlen 2020 trotz Pandemie gestiegen. Vier dieser Länder führten den Anstieg auf zusätzliche Forschungsprojekte im Zusammenhang mit COVID-19 zurück. Elf Länder gaben laut Bericht an, dass Maßnahmen aufgrund der Pandemie teilweise für den Rückgang der Zahlen in ihren Ländern verantwortlich waren. Es ist also zu erwarten, dass die Zahlen wieder steigen werden.

Dunkelziffer hoch

In Wahrheit sind die Zahlen noch höher. Denn die EU-Statistik verschweigt die Tiere, die getötet wurden, um beispielsweise Organe und Gewebe zu entnehmen. Ebenso fehlen die sogenannten überzähligen Versuchstiere, die zwar für wissenschaftliche Zwecke gezüchtet und getötet, aber letztlich nicht in Versuchen eingesetzt wurden. In Deutschland werden diese Tiere seit 2021 gemeldet. Die erschreckende Zahl für 2021 betrug 2.554.560 Tiere. Man kann also nur schätzen, wie viele Tiere tatsächlich in Europa für oder in Versuchen leiden und sterben mussten. Es ist zu befürchten, dass es mehr als doppelt so viele Tiere waren als statistisch erfasst.

Bürger:Innen wollen den Wandel

Die im vergangenen November in acht EU-Ländern durchgeführte Umfrage von Savanta ComRes (siehe Kasten) unterstreicht im Gegensatz dazu das Ergebnis der EU-Bürgerinitiative „Save Cruelty Free Cosmetics“ und verdeutlicht den Wunsch der EU-Bürger:innen für einen Wandel hin zu tierversuchsfreien Lösungen.

Industrie für den Ausstieg

Unterstützt wird der Wunsch der EU-Bürger:innen von der Pharmaindustrie, die ein großes Interesse an den deutlich günstigeren humanspezifischen Verfahren hat. Allein im Frühsommer sprachen sich mehrere prominente Vertreter:innen dafür aus, Tierversuche durch tierfreie Verfahren (NAMs) zu ersetzen. Die Chefin von Merck kündigte an, die Zahl der Versuche zur Entwicklung und Produktsicherung von Arzneien und Chemikalien in den kommenden Jahren deutlich senken zu wollen. Auch Roche will mehr tierfreie Verfahren einsetzen. Ein Manager des Bayer-Konzerns nannte acht Schritte zum Ausstieg aus dem Tierversuch und forderte rechtliche Hindernisse zu beseitigen, die die Entwicklung und Nutzung von NAMs behindern. Zudem müssten Entwicklung und Validierung von NAMs mit erheblichen Mitteln unterstützt werden. Dafür sei eine internationale, offen zugängliche Zusammenarbeit aller Stakeholder erforderlich. Nicht aussagekräftige Tierversuche müssten sofort eingestellt und schrittweise gegen NAMs ausgetauscht werden. Auch die Deutsche Gesellschaft für Endokrinologie sprach >>>



Umfrage: Fast 80 Prozent für den Ausstieg

- 73 Prozent sind sehr besorgt über die Verwendung von Tieren in der wissenschaftlichen Forschung, Prüfung und Ausbildung (BRD: 80 Prozent).
- 76 Prozent finden, dass mehr unternommen werden muss, um den vollständigen Ersatz von Tierversuchen zu beschleunigen (BRD: 81 Prozent).
- 77 Prozent finden, dass die Europäische Kommission und ihre Mitgliedstaaten eine koordinierte Strategie für den Übergang zu wissenschaftlicher Forschung, Prüfung und Ausbildung ohne den Einsatz von Tieren entwickeln sollte (BRD: 84 Prozent).
- 75 Prozent finden, dass die Europäische Union weltweit führend sein sollte, wenn es darum geht, Wissenschaft und Innovation ohne die Verwendung von Tieren voranzutreiben (BRD: 79 Prozent).

»»»

sich dafür aus, Tierversuche weiter zu reduzieren. Die Stimme der Industrie hat Gewicht. Mit dieser ungewöhnlichen Koalition aus EU-Bürger:innen, Tierschutz und Industrie könnte es endlich gelingen, dass tierfreie Verfahren zunehmend Tierversuche ersetzen, nicht nur bei der Chemikalienregulierung.

Reduktionsplan nicht genug

Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsplan angekündigt, eine Strategie zur Reduzierung von Tierversuchen umzusetzen und die Forschung zu tierversuchsfreien Methoden zu fördern. Doch auch nach anderthalb Jahren Ampelkoalition wurde dieses Versprechen nicht eingelöst. Der Bundesverband forderte deswegen die Bundesregierung gemeinsam mit seinen 14 Bündnispartnern erneut dazu auf, diesen sogenannten Reduktionsplan als Tür für einen echten Ausstiegsplan zu nutzen. Um der Politik die nötigen Schritte aufzuzeigen, veröffentlichte das Bündnis den Leitfaden „Politische Maßnahmen für eine tierversuchsfreie Forschung“. Der achtseitige Maßnahmenplan zeigt auf, wie die Implementierung tierfreier Forschung gelingen kann und stellt die Handlungsoptionen für die politische Bühne in Deutschland dar.

Carolin Spicher



165.000 Unterschriften gegen Botox-Tests

Noch immer werden jährlich tausende von Mäusen qualvoll erstickt, um Botulinumtoxin-Produkte – besser bekannt unter dem Handelsnamen „Botox“ – zu testen. Im Jahr 2021 wurden allein in Deutschland Botox-Tests an 22.440 Mäusen genehmigt. In Irland, dem Schwerpunkt der Botox-Testungen, waren es über 82.000 Mäuse. Dies geschieht, obwohl seit zwölf Jahren tierversuchsfreie Verfahren existieren. Die Europäische Koalition zur Beendigung von Tierversuchen (ECEAE) hat darum am 20. April 165.770 europaweit gesammelte Unterschriften an die Europäische Arzneimittelagentur EMA in Amsterdam übergeben. Die ECEAE, bei der auch der Bundesverband Menschen für Tierrechte aktiv ist, setzt sich seit Jahren dafür ein, dass diese grausamen Tierversuche endlich beendet werden. Mit seiner Petition „BotoxTests an Tieren komplett stoppen!“ konnte der Verband fast 50.000 Unterschriften beisteuern. Damit das Leid beendet wird, setzt sich die Koalition dafür ein, dass insbesondere die qualvollen LD50-Tests aus dem Europäischen Arzneibuch gestrichen werden.



Übergabe von 165.770 EU-weit gesammelten Unterschriften an die Europäische Arzneimittelagentur.

Vortragsabend: Blick über den nationalen Tellerrand

Im Rahmen der gemeinsamen Kampagne „Ausstieg aus dem Tierversuch. JETZT!“ luden Ärzte gegen Tierversuche e. V. und der Bundesverband Ende April zu dem Informationsabend „Ausstieg aus dem Tierversuch – was Deutschland von anderen Ländern lernen kann“ ein. An der internationalen Veranstaltung nahmen über 220 Interessierte aus der ganzen Welt teil. Dies lag auch an den hochdotierten Referentinnen, wie Prof. Dr. Merel Ritskes-Hoitinga, Professorin für den Evidenzbasierten Übergang zu tierversuchsfreien Innovationen an der Veterinärmedizinischen Fakultät der

Universität Utrecht, Tilly Metz, Mitglied des Europa-Parlaments, Mitglied der Grünen und Vorsitzende der Intergroup für Tierschutz des EU-Parlaments sowie der Mitgründerin und Vorsitzenden des Center for Contemporary Science in den USA, Dr. Aysha Akhtar. Alle Vorträge machten deutlich, wie wichtig der Blick über den nationalen Tellerrand ist. Die Niederlande und die USA zeigen auf, welche Maßnahmen zielführend beim Ausstieg sind. Falls Sie die Veranstaltung verpasst haben, können Sie die Vorträge – nach Wunsch mit deutschen Untertiteln – auf dem YouTube-Kanal MfuerTierrechte abrufen.

Tierversuche

Vielversprechende Ansätze für tierversuchsfreie Chemikalienbewertung

Mit der geplanten EU-Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit sollen Chemikalien zukünftig sicher und nachhaltig werden. Doch dies könnte zu einem Anstieg der Tierversuche führen. Das muss verhindert werden. Deswegen müssen jetzt Strategien erarbeitet werden, um die Risiken von Chemikalien zu verringern und um die Zahl der Tierversuche zu reduzieren. Die gute Nachricht: An diesem Ziel arbeitet derzeit eine große Koalition aus Wissenschaft und Behörden.

Die Europäische Kommission, Behörden und die Industrie stehen vor der Herausforderung, neue Konzepte für die Risikobewertung für die wachsende Zahl von Chemikalien zu entwickeln. Eine Mammutaufgabe, denn nach Schätzungen der Europäischen Umweltagentur liegen nur für etwa 0,5 Prozent der auf dem Markt befindlichen Chemikalien belastbare Informationen vor.

Neue EU-Chemikalien-Strategie

Nach der geplanten EU-Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit sollen Chemikalien bis 2030 sicher und nachhaltig produziert und eingesetzt werden. Damit verbunden ist auch die gezielte Überarbeitung der Chemikalienverordnung (REACH) und der Verordnung für die Klassifizierung, Einstufung und Verpackung von Chemikalien (CLP). Obwohl einige Tests an Tieren gestrichen

werden sollen, wie die Tests auf Haut- und Augenreizung, ist zu befürchten, dass die REACH-Novelle zumindest übergangsweise zu mehr Tierversuchen führen wird. Denn es sollen zusätzliche Tests an Tieren, vor allem bei den Hormonwirksamkeitsuntersuchungen und im Bereich Immun- und Entwicklungsneurotoxizität hinzukommen.¹

Größtes derartiges EU-Projekt

Deswegen müssen jetzt europäische und nationale Strategien erarbeitet werden, um die Risiken von Chemikalien zu verringern und die Zahl der Tierversuche zu reduzieren. Dazu startete im Mai 2022 das europäische Gemeinschaftsprojekt „European Partnership for the Assessment of Risks from Chemicals“, kurz PARC. Um die Forschung voranzutreiben, das Wissen über die Bewertung chemischer Risiken zu erweitern und methodische Fähigkeiten zu schulen, wurden dafür insgesamt 400 Millionen € für einen Zeitraum von sieben Jahren bereitgestellt. Hinter PARC steht ein Netzwerk aus mehr als 200 europäischen, sektorübergreifenden öffentlichen Partnern aus 28 Mitgliedsstaaten der EU bereit. Beteiligt sind auch EU-Behörden wie die Europäische Chemikalienagentur (ECHA), die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und die Europäische Umweltagentur (EEA). Inhaltlich wird sich PARC der Risikobewertung der nächsten Generation (NGRA) widmen

und neue tierversuchsfreie Methoden sowie neue wissenschaft-

liche Erkenntnisse und Ansätze in der Gefahren- und Expositionsbewertung bei der Umsetzung berücksichtigen.

Übergang beschleunigen

Am 31. Mai und 1. Juni 2023 veranstaltete die ECHA einen zweitägigen Workshop in Helsinki, um mit verschiedenen Stakeholdern zu diskutieren, wie der Übergang zu einem tierversuchsfreien Chemikalienbewertungssystem beschleunigt werden könnte. Die ECHA will die politischen Entscheidungsträger bei der Entwicklung geeigneter Ansätze für die Chemikalienregulierung und bei der schrittweisen Abschaffung von Tierversuchen unterstützen. Grundlage soll die verstärkte Verwendung von neuen tierversuchsfreien Methoden sein. Dies fordert auch die europäische Bürgerinitiative „Save Cruelty-Free Cosmetics – Für ein Europa ohne Tierversuche“.

Neue tierversuchsfreie Konzepte

Erste Ideen liefert möglicherweise das Wissenschaftsteam des Joint Research Centers der Europäischen Kommission.² Das Team hat ein neues Regulationskonzept für die Sicherheitsbewertung und das Sicherheitsmanagement von Chemikalien vorgeschlagen. Es basiert vor allem auf der Anwendung von tierversuchsfreien Verfahren. Diese sollen unter anderem für die Feststellung von Wirksamkeit, Bedenklichkeit sowie Verstoffwechslung, Verweildauer und Anhäufung von Chemikalien im Körper verwendet werden. So können Chemikalien nach ihrem Gefährdungsgrad klassifiziert werden. Das neue System soll auf alle Stoffe anwendbar sein und dem geltenden Schutzniveau entsprechen. Während der Umsetzungszeit sollen Tierversuche Schritt für Schritt reduziert werden.

Dr. Christiane Hohensee



Foto: Adobe Stock/ Eric Isselée

(1) European Chemicals Agency (2023): The use of alternatives to testing on animals for the REACH Regulation. Fifth report under Article 117(3) of the REACH Regulation, June 2023. <https://echa.europa.eu/animal-testing-under-reach>

(2) Berggren E, Worth AP. Towards a future regulatory framework for chemicals in the European Union - Chemicals 2.0. Regul Toxicol Pharmacol. 2023 Jun 12;142:105431. doi: 10.1016/j.yrtph.2023.105431. Epub ahead of print. PMID: 37315707.

Stadttauben

Berlin startet durch – Hamburg enttäuscht

Im Frühjahr veröffentlichte die Berliner Landestierschutzbeauftragte ein umfangreiches Konzept für ein tierschutzgerechtes Stadttaubenmanagement. Durch ein Bündel von Maßnahmen sollen die Mensch-Tier-Konflikte reduziert und die Tiere besser geschützt werden. Der Bundesverband begrüßt das wegweisende Konzept und pocht auf eine schnelle Umsetzung. Indessen setzt sich der Verband in Hamburg für die Versorgung hilfsbedürftiger Stadttauben ein. Dort hat das städtische Tierheim einen Aufnahmestopp verhängt und damit einen Tierschutz-Notstand ausgelöst.

Das von der Landestierschutzbeauftragten Dr. Kathrin Herrmann Ende April vorgestellte Berliner Stadttaubenkonzept ist das umfassendste Stadttaubenmanagementkonzept, das je von einer Stadt vorgelegt wurde. Zu den Maßnahmen gehört nicht nur die Finanzierung von Taubenschlägen, Auffangstationen und Schlagbetreuung, sondern auch eine Aufklärungs- und Informationskampagne für die Bürger:innen sowie tierschutzkonformes Vergrämen und Bauen. Außerdem will Berlin Stadttaubenbeauftragte für die einzelnen Bezirke ernennen.

Umsetzung entscheidend

Der Bundesverband begrüßte, dass die Hauptstadt mit diesem wegweisenden Konzept vorangeht. Sowohl der noch geltende als auch der neue Koalitionsvertrag der CDU-SPD Regierung sprechen sich für die Einführung aus. Entscheidend ist jetzt, dass das Konzept umgesetzt wird. Die Chancen dafür stehen gut, weil Gelder zur Verfügung stehen. Für die Anschubfinanzierung können Mittel der Landestierschutzbeauftragten abgerufen werden. Da die einzelnen Maßnahmen zunächst in Pilotprojekten getestet und evaluiert werden sollen, wird sich eine flächendeckende Einführung jedoch noch hinziehen. Der Bundesverband bot der Stadt Hilfe bei der Umsetzung an.

Vermeidbare Katastrophe

Ganz anders ist die Situation in Hamburg: Dort sind zwar in mehreren Stadtteilen Taubenschläge geplant, aktuell besteht jedoch ein Tierschutz-Notstand, weil das städtische Tierheim wegen mangelnder Kapazitäten einen Aufnahmestopp für hilfsbedürftige Stadttauben verhängt hat – eine Katastrophe bei circa 4.000 Notfällen pro Jahr. Die privaten Pflegestellen sind überfüllt, viele Tiere können nicht mehr versorgt werden. Teilweise müssen sogar kranke, verletzte und geschwächte Tauben wieder auf die Straße gesetzt oder aus Not euthanasiert werden. Dabei sind die Tiere auf Hilfe durch den Menschen angewiesen, denn Stadttauben sind keine Wildtiere, sondern gezüchtete Tiere. Sie gehören zu den



Foto: istockphoto/Windofchange64

Haustieren und sind eher vergleichbar mit Hund und Katze als mit Wildtauben.

Kommunen haben Schutzpflichten

Auf Anfrage des Vereins Gandolfs Taubenfreunde, der sich seit Jahren für Stadttaubenschläge und Auffangstationen in Hamburg einsetzt, antwortete die Hamburger Justiz- und Verbraucherschutzbehörde, die Stadt sei nicht zuständig. Privatleute sollten sich aus eigenen Mitteln um die Tiere kümmern. Daraufhin forderte der Bundesverband Bürgerschaft, Senat sowie die Justiz- und Verbraucherschutzbehörde in einem Offenen Brief auf, neben Stadttaubenschlägen auch Auffangstationen einzurichten. Leiden und Sterben der Tiere widersprächen dem Tierschutzgesetz, denn sie könnten durch Auffangstationen vermieden werden. Er verwies auf das Rechtsgutachten der Berliner Senatsverwaltung, wonach die Kommunen Schutz- beziehungsweise Halterpflichten für die Tiere haben. Der Bundesverband forderte zudem, die Aufnahmekapazitäten des Tierheims zu erhöhen und durch Ei-Austausch unter anderem an Baustellen die große Zahl bedürftiger Jungtiere zu reduzieren.

Nur betreute Taubenschläge tierschutzkonform

Die einzige tierschutzkonforme Hauptmaßnahme, um das menschengemachte Tierleid sowie Verschmutzungen und Belästigungen zu vermeiden, sind betreute Taubenschläge, in denen die Tiere gefüttert und ihre Gelege ausgetauscht werden. Das Konzept hat sich seit Jahrzehnten bewährt. Eine bundesweite Umfrage des Bundesverbandes zeigte, dass es mittlerweile in vielen deutschen Städten erfolgreich umgesetzt wird. Vorbilder waren Augsburg und Aachen, die das Konzept in den 90er Jahren einführten. In Augsburg konnte zwischen 2001 und 2016 der Schlupf von über Hunderttausend Taubenküken verhindert werden.

Dr. Claudia Gerlach

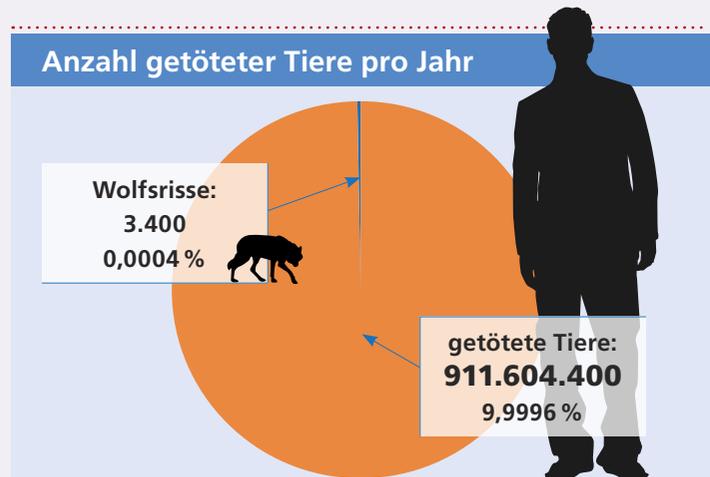
Wolf-Bashing als Ablenkmanöver

Statt sich um die millionenfachen Tierschutzverstöße in der sogenannten Nutztierhaltung zu kümmern, werfen Parteien und Verbände den Wolf der Öffentlichkeit zum Fraß vor. Ein Kommentar von Stefan Stein von der Initiative Stallbrände¹.

Schlagzeilen titulieren ihn als „Bestie“ und „tierischen Massenmörder“. „Nutz“tierhalter:innen sprechen vom Ende der Tierhaltung. „Wir haben zwei Mistviecher, sagen sie: den Wolf und die Bürokratie“. Auf der anderen Seite soll er geschützt werden und beschäftigt Naturschützer, Zoologen, Promis, Justiz- und Tourismusbehörden. Es gibt Wolfsberater, Monitoring, Fördergelder für Schutzmaßnahmen und Entschädigung bei „Nutz“tierrissen. Isegrim polarisiert.

Doch ist das gerechtfertigt? Nach der Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf (dbb) leben in Deutschland 161 Rudel, 43 Paare und 21 Einzeltiere. Die Zahl der vom dbb dokumentierten Übergriffe auf „Nutz“tiere lag 2021 unter 1.000, die Anzahl der getöteten „Nutz“tiere bei etwa 3.400.

Zum Vergleich: In Deutschland sterben jährlich nahezu eine Milliarde Tiere. 752.600.000 sogenannte Nutztiere werden geschlachtet, mehr als 150 Millionen verenden



Silhouetten Wolf, Mensch: vecteezy.com

(1) Facebookseite der Initiative Stallbrände unter: www.facebook.com/stallbraende
 (2) Neue Datenbank zu Tierschutzskandalen: tierschutz-skandale.de



vor Erreichen des Schlachthofes an den Haltungsbedingungen. Hunderttausende werden wegen Tierseuchen vorsorglich gekeult, kommen bei Stallbränden ums Leben, sterben bei Tiertransporten oder weil sie von schlecht gesicherten Weiden entlaufen. Nicht zu vergessen, die über 2,5 Millionen Tiere, die in Tierversuchen sterben, bei der Jagd (4 Millionen) oder bei Wildunfällen (227.000).



Wo stehen diese Zahlen? Wieviel hört und liest man von diesem millionenfachen Sterben? 3.400 vom Wolf gerissene Tiere sollen die Tierhaltung bedrohen? Umgerechnet sind das 0,0004 Prozent!

Doch es sind nicht nur die Zahlen: Der Wolf tötet aus Instinkt. Der Mensch tötet Tiere aus ökonomischen Gründen oder aus Spaß. Tierschutz ist uns ein wichtiges Anliegen, betonen Politiker:innen. Nutztierhalter:innen lamentieren, wie sehr ihre Tiere bei Wolfsrissen leiden. Ganz anders sei dies bei der Schlachtung. Da gelten strenge Maßstäbe. Bei Verstößen handele es sich um bedauerliche Einzelfälle. Einzelfälle?

Studien und die vor kurzem veröffentlichte Datenbank von Tierschutzskandalen² belegen das Gegenteil.

Während sich zweibeinige „Tiertöter“ kaum Sorgen über Konsequenzen machen müssen, wird mit dem Wolf kurzer Prozess gemacht. „Ein Riss reicht“ sagt Söder und eröffnet mit einer eigenen Verordnung die Wolfsjagd. FDP und CDU tuten in dasselbe Horn: Der Wolf muss weg! Statt sich um die millionenfachen Tierschutzverstöße in der sogenannten Nutztierhaltung zu kümmern, werfen Parteien und Verbände den Wolf der Öffentlichkeit zum Fraß vor. Über alles andere breitet man einen Mantel des Schweigens. Die Medien spielen mit. Und hat man sich des Wolfes wieder einmal entledigt, liegt schon eine Liste mit weiteren „Problem-Tieren“ in der Schublade.

Stefan Stein



Foto: Eurogroup for Animals

Tierschutzvertreter:innen aus ganz Europa fordern effektive Tierschutzgesetze.



Foto: Vier Pfoten

Tierschutzorganisationen fordern effektive EU-Tierschutzgesetze

Nur wenige Monate bevor die EU-Kommission ihre überarbeitete Tierschutzgesetzgebung vorstellt, kamen Anfang Juni über zweihundert Gäste aus ganz Europa zur Jahreskonferenz der Eurogroup for Animals nach Brüssel. Im Rahmen des Treffens forderten die Tierschutzorganisationen aus 26 EU-Mitgliedstaaten zusammen mit EU-Abgeordneten die Kommission auf, mit einer ambitionierten Gesetzgebung einen effektiven Schutz der Tiere in der EU voranzubringen. Besonderer Ehrengast und Redner war Peter Singer, Professor für Bioethik und Autor von „Animal Liberation Now“, der aktualisierten Version des Tierrechts-Klassikers von 1975. Singer wird als einer der Väter der weltweiten Tierrechtsbewegung angesehen. Er sprach sich dafür aus, dass EU-Institutionen eine weltweite Führungsrolle einnehmen sollen, um mit ihren Entscheidungen den Weg zu weisen. Geschäftsführerin der Eurogroup for Animals, Reineke Hameleers machte deutlich, dass bereits sechs Europäische Bürgerinitiativen einen besseren Tierschutz fordern. Dies dürften die verantwortlichen Institutionen nicht länger ignorieren. Präsident der Eurogroup for Animals, Philip Lymbery, schloss die Veranstaltung mit der Mahnung, dass Gespräche über Klima, Biodiversität und Ernährungssicherheit scheitern würden, wenn die Fleisch- und Milchindustrie nicht berücksichtigt werde.

Ukraine: Dambruch fordert tausende Tierleben

Die Flut nach der Zerstörung des Kachowka-Staudamms in der Südukrain

ne ist für Menschen, Umwelt und Tiere eine Katastrophe. Dabei wurde vor allem über die menschlichen Opfer berichtet und wenig über die Tiere. Dabei sind gerade sie besonders betroffen. Wildtiere, „Weidetiere“, aber auch Tiere in Zoos, Ställen und Häusern wurden von den Wassermassen überrascht. Manche konnten sich retten, viele ertranken. Tiere, die in Häusern, Käfigen und Ställen eingeschlossen waren, hatten keine Chance. Um so viele Tiere wie möglich zu retten oder um zumindest ihr Leid zu lindern, startete der Bundesverband kurz nach Kriegsbeginn eine Spendensammlung. Mithilfe unserer Partnervereine vor Ort können Tiere in Zoos, Tierheimen sowie Streuner und Tiere von Geflüchteten mit Futter und Hilfsgütern versorgt werden. Sie können gerne weiterhin für die Tiere in der Ukraine spenden. Nutzen Sie dazu unser Spendenformular auf tierrechte.de oder überweisen Sie Ihre Spende unter dem Stichwort „Ukraine“. Vielen Dank!

Kampagne: Schützen statt Schießen!

In einem offenen Appell an Bundesumweltministerin Steffi Lemke positionierten sich Ende Mai 35 Kunstschaffende und Personen des öffentlichen Lebens gegen die Trophäenjagd und gaben so den Startschuss für die Petition unter dem Slogan „Schützen statt Schießen“. Diese setzt sich dafür ein, umgehend die Einfuhr von Jagdtrophäen bedrohter und geschützter Tierarten nach Deutschland zu unterbinden. Deutschland ist nach den USA trauriger Spitzenreiter bei der Einfuhr von Jagdtrophäen geschützter Tierarten. Andere EU-Länder haben schon Konsequenzen gezogen oder planen

dies. In Frankreich ist die Einfuhr von Löwentrophäen untersagt, in den Niederlanden gilt sogar ein Importverbot für Jagdtrophäen von über 200 Arten, in Finnland tritt ein Importverbot für besonders geschützte Arten dieses Jahr noch in Kraft und auch im Vereinigten Königreich wird ein Gesetz mit umfassenden Einfuhrbeschränkungen auf den Weg gebracht. Selbst das Europäische Parlament forderte 2022 ein Importverbot von Jagdtrophäen geschützter Arten. Nur in Deutschland bleibt man bisher untätig. Darum unterschreiben auch Sie die Petition gegen die Trophäenjagd unter: www.change.org/schuetzenstattschiessen

Hoffnung: Island setzt Walfang aus

Island zählt zu den wenigen Ländern der Erde, in denen Wale noch gejagt werden dürfen. Im vergangenen Jahr waren 148 Finnwale gefangen worden. Jetzt kam ein Bericht der isländischen Veterinärbehörde zu dem Ergebnis, dass die Tötung der Tiere in der vergangenen Saison länger als erlaubt gedauert habe. Die Tiere wurden mit Explosivharpunen getötet, was als besonders qualvoll gilt. Daraufhin beschloss die Lebensmittel- und Fischereiministerin, die Finnwaljagd bis zum 31. August auszusetzen. Das Ministerium will in den kommenden Monaten mögliche Änderungen der Jagdtechnik sowie weitere Einschränkungen der Jagd prüfen. Die Entscheidung könnte bedeuten, dass in diesem Jahr überhaupt keine Wale gefangen werden. Im besten Falle leitet dies das Ende des isländischen Walfangs ein, was den Weg für die Einstellung des Walfangs in Norwegen und Japan ebnen könnte.



BUCH-TIPP:

„Vom fordernden und beglückenden Leben mit Tieren“

Es gibt Bücher, bei denen ist einem bang davor, die letzte Seite aufzuschlagen. Hilal Sezgins aktuelles Buch „Vom fordernden und beglückenden Leben mit Tieren“ gehört dazu. In diesem beschreibt die Tierethikerin das Leben mit ihrer bunten 80-köpfigen Schafherde und anderen geretteten Tieren.

Außerdem ist das Buch ein beeindruckendes Plädoyer für einen wertschätzenden Umgang mit uns selbst und allem Leben, das uns umgibt.

Hilal Sezgin, Vom fordernden und beglückenden Leben mit Tieren
304 Seiten, 24,00 Euro
ISBN 978-3-95728-702-1



Fuchs in einer polnischen Pelzfarm

Foto: Vier Pfoten

Erfolg: 1,5 Millionen für ein pelzfreies Europa

Wir haben es geschafft! Die EU-Bürger:innen-Initiative (EBI) „Fur Free Europe“ hat ihren Validierungsprozess auf Ebene der Mitgliedstaaten mit insgesamt 1.502.319 Unterschriften abgeschlossen. „Fur Free Europe“ ist damit die erfolgreichste EBI für Tierschutz und die dritterfolgreichste überhaupt. Derzeit bietet sich eine beispiellose Gelegenheit, um ein pelzfreies Europa durchzusetzen: Die Pelzindustrie befindet sich aufgrund der COVID-19-Pandemie sowohl wirtschaftlich als auch im Bereich der Tiergesundheit in einer Krise und hunderte Marken verwenden keinen Echtpelz mehr. Zudem stellt die aktuelle Überarbeitung der EU-Tierschutzvorschriften eine beispiellose Gelegenheit dar, ein Verbot sowohl der Produktion als auch des Verkaufs von Zuchtpelz einzuführen. Zwölf EU-Länder haben die EU-Kommission dazu aufgerufen, Möglichkeiten für ein dauerhaftes Verbot der Pelztierhaltung in der EU zu prüfen und einen Gesetzesvorschlag hierzu vorzulegen. Auch Deutschland macht sich gemeinsam mit anderen Ländern für ein EU-weites Verbot der Pelztierzucht stark. Die Unterschriften der EBI sind nun offiziell eingereicht und die EU-Kommission muss vor Jahresende öffentlich auf die Initiative reagieren.

Erfolg für den Meeresschutz: Uno verabschiedet Abkommen

Nach jahrelangen Verhandlungen haben sich die UNO-Mitgliedsländer auf ein Abkommen zum Schutz der Weltmeere geeinigt. Das internationale Hochsee-Schutzabkommen sieht erstmals Schutzgebiete außerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszonen ein-

zelner Länder vor. Dies ist wichtig, weil sich mehr als 60 Prozent der Meeresgebiete außerhalb solcher Wirtschaftszonen befinden. Bislang gelten nur für etwa ein Prozent dieser Meeresgebiete Schutzregeln. Mit Blick auf die enorme Artenvielfalt in den Weltmeeren und die entscheidende Rolle der Ozeane bei der Stabilisierung des Klimas ist dies dringend nötig. Das Abkommen sieht unter anderem vor, dass Aktivitäten wie der Förderung von Bodenschätzen auf hoher See eine Untersuchung ihrer Umweltfolgen vorausgehen muss. Die Bundesregierung will das Abkommen rasch ratifizieren. Bundesumweltministerin Steffi Lemke erklärte, das Abkommen sei von historischer Bedeutung für den weltweiten Schutz der Meere, denn es schaffe den Rahmen, um auch auf der Hohen See weltweit verbindliche Meeresschutzgebiete einzurichten.

Hundefleisch: Südkorea bringt Verbot auf den Weg

Abgeordnete der Demokratischen Partei Südkoreas haben Ende Juni einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die Zucht und Schlachtung von Hunden für den menschlichen Verzehr verbietet. Der Entwurf umfasst auch das Verbot von Hundefarmen, Hundeschlachthöfen sowie des Verkaufs von Hundefleisch. Außerdem sollen Hundezüchter bei der Umstellung auf alternative Geschäftsmodelle unterstützt werden. Meinungsumfragen zeigen, dass 87,5 Prozent der Bevölkerung kein Hundefleisch essen, auch die First Lady Kim Keon-hee spricht sich offen für ein Verbot aus.

Hiermit bestelle ich bei **Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V.**
Severinusstr. 52 | 53909 Zülpich
Tel. 02252 - 830 12 10 | Fax 02252 - 830 12 11

- auf Rechnung (nur für Fördermitglieder und Mitgliedsvereine)
- per Bankeinzugsverfahren (Versand erst nach Eingang des Betrages aus dem Lastschrifteneinzug) **Preisangaben zzgl. Versand und Porto** (nach Aufwand)

Flug- & Faltblätter

- „Ausstieg aus dem Tierversuch. JETZT!“
Flugblatt, 2-seitig, DIN A5, 4-farbig,
100 Stück à € 2,00
- „Ausstieg aus dem Tierversuch. JETZT!“
Unterschriftenliste, DIN A4, bis zu 10 Stück sind
die Unterschriften-Listen kostenlos
- Klimawandel: Wir brauchen eine
Agrar- und Ernährungswende**
2-seitig, DIN A5, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50
- Zoo: Leben hinter Gittern**
2-seitig, DIN A5, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50
- Zirkus: „Zauber der Manege“?
Ja, aber nicht mit Tieren**
2-seitig, DIN A5, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50
- Tierverbrauch im Studium?**
2-seitig, DIN A5, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50
- Schluss mit Tierversuchen**
2-seitig, DIN A5, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50
- Stadttauben – Geburtenkontrolle
für friedliche Nachbarschaft**
2-seitig, DIN A5, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50

Filme

- „Hühnermast – Ein Blick hinter die
Kulissen“
DVD, Stück à € 7,00, 6 Min., Filmaufnahmen
aus deutschen Mastställen, die die
tierquälereische Hühnermast belegen.
- „Stadttaubenmanagement“
DVD, Stück à € 5,00, 22 Min., Film zur Umsetzung
des Stadttaubenkonzeptes
- „Ratgeber Praxis
Stadttaubenmanagement“
DVD, Stück à € 7,50, 45 Min.,
einzeln anklickbare Kapitel zur prakt. Umsetzung
des Stadttaubenkonzeptes
- „Der Zirkus kommt“
DVD, Stück à € 5,00, 6 Min.,
Film über die Realität hinter den
glänzenden Fassaden der Tierdressur.

Poster | Karten | Aufkleber

- „Ausstieg aus dem Tierversuch. JETZT!“
Poster, 1,00 €
- „Ich weiß, was Ihr Pelz gekostet hat“
Wendekarte, 50 x 90 mm, 2-seitig;
50 Stk. à € 1,00
- „Tiere haben Rechte“
Aufkleber, DIN A6, Stück à € 0,50, 4-farbig,
outdoor-geeignet
- Motiv Affe
- Motiv Katze
- Motiv Schweine
- Motiv Kühe
- Motiv Tauben
- Aufkleber DIN A7**
Farbig, auf veganer Haftfolie;
Stück à € 0,50 zzgl. Versandkosten
- „mod. Forschung ohne Tierversuche“
- „Lebe vegan“ Motiv Kälbchen
- „Lebe vegan“ Motiv Ferkel
- Briefaufkleber, versch. Motive**
2- bis 4-farbig, Papier selbstkl., 54mm x 32mm;
Päckchen (Inhalt 30 Stück) à € 1,50
- Motive Forschung ohne Tierversuche
- Motiv Leben Sie vegan
- Motiv Zoo & Zirkus ohne uns
- „Jedes Leben ist ein Wunder“
Aufkleber, rund, 8 cm, 4-farbig, Stück à € 0,50
- Motiv (Vier Tiere)
- Motiv Huhn
- Motiv Schwein
- Motiv Kuh
- Motiv Schaf
- Magnetschild**, rund, 8 cm, 4-farbig;
Stück à € 1,50

Broschüren

- Stadttauben**
DIN A5, Stück à € 0,20, Edition 2015, 4-farbig
- Handbuch Stadttaubenmanagement**
DIN A4, Stück à € 1,00, Edition 2021, 4-farbig,
32 Seiten
- Tierversuche haben keine Zukunft**
DIN A5, Stück à € 0,25, Edition 2022, 4-farbig
- Ein Testament für die Tiere**
DIN A5, 4-farbig, Edition 2022, kostenlos



**Broschüre
„Ein Testament
für die Tiere“**

Das Ende des eigenen Lebens ist für viele ein Tabuthema. Dazu gehört auch das Abfassen eines Testaments. Dennoch ist es ein wichtiges Thema, wenn man selbst entscheiden will, was mit dem Nachlass geschehen und ob er zum Beispiel zum Wohle der Tiere verwendet werden soll. Mit unserer neuen Broschüre „Tieren helfen – über das eigene Leben hinaus“ möchten wir Ihnen aufzeigen, was Sie beachten sollten, damit Ihr letzter Wille erfüllt wird. Die 20-seitige Broschüre enthält Mustertexte sowie Antworten auf häufig gestellte Fragen und ist liebevoll illustriert mit Tierfotos, die auf unseren Lebenshöfen entstanden. Sie können die Broschüre kostenlos in unserer Geschäftsstelle bestellen. Auf Wunsch stehen wir Ihnen gerne für eine persönliche Beratung zur Verfügung.
DIN A5, 4-farbig, Edition 2022, kostenlos

**Aufkleber und Magnet
„Jedes Leben ist ein Wunder“**

Diese charmanten Aufkleber gibt es mit fünf Motiven für je € 0,50. Das Magnetschild gibt es mit dem Motiv „Vier Tiere“ für € 1,50.



Absender

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Vorwahl/Telefon _____

Vorwahl/ Fax _____

Bankverbindung

IBAN _____

Geldinstitut _____

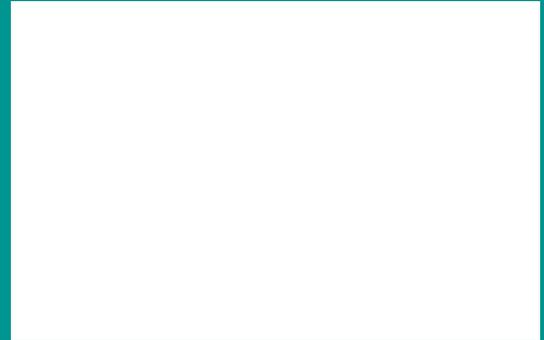
Kontoinhaber/in _____

Datum, Unterschrift _____

Spenden bitte an:

Bundesverband der
Tierversuchsgegner e. V.
Sparkasse Aachen

IBAN: DE02 3905 0000 0016 007973
BIC: AACSD33



Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V.

Geschäftsstelle

Tel. 02252 - 830 12 10
Fax 02252 - 830 12 11
info@tierrechte.de
www.tierrechte.de

Geschäftsführung

RA Judith Reinartz
Tel. 02252 - 830 12 10
reinartz@tierrechte.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und industrielle Tierhaltung

Christina Ledermann (M.A.)
Tel. 0179 - 450 46 80
ledermann@tierrechte.de

Mitgliederbetreuung

Aslihan Cetin
Tel. 030 - 446 30 00 | cetin@tierrechte.de

Projekt InVitroJobs

Dr. rer. nat. Christiane Hohensee
(M. Sc. Toxikologie)
Tel. 030 - 53 02 63 77
info@invitrojobs.de

Tierversuche und Kampagnen

Carolin Spicher (M. Sc. Biologie)
Tel. 0176 - 55 18 27 64 | spicher@tierrechte.de

Projekt „Ausstieg aus der Tierhaltung“ und tierversuchsfreie Methoden

Dr. vet. med. Dr. rer. nat. Stefanie Schindler
schindler@tierrechte.de

Projekt SATIS – für eine humane Ausbildung ohne Tierverbrauch und Stadtauben

Dr. rer. nat. Claudia Gerlach
Tel. 03641 - 554 92 44
satis@tierrechte.de
stadtauben@tierrechte.de

Spendenbestätigung:

Dieser Zahlungsbeleg gilt
bis Euro 200,00 als Spendenbescheinigung zur
Vorlage beim Finanzamt.

Der Empfänger ist gemäß
Freistellungsbescheid des
Finanzamtes Euskirchen
vom 25.03.2022, Steuer-
Nummer 209/5727/0982,
als gemeinnützigen
Zwecken dienend aner-
kannt und nach §5 Absatz
1 Ziffer 9 KStG von der Kör-
perschaftssteuer befreit.